

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 2,00 Mark pro Quartal.
 Einleitungen in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Annon-
 zelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anstalts-Druck: Amt 1, Nr. 1503.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 24. März 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Parteigenossen!

Zum achten Mal begehrt die Klassenbewusste Arbeiterschaft aller Kulturländer am kommenden 1. Mai das

Weltfest der Arbeit,

gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden.

An einzelnen Orten haben die Genossen die einleitenden Vorbereitungen bereits getroffen. Unsere Aufgabe muß es sein, die Feier zu einer einheitlichen und würdigen zu gestalten. Die Art und Form der Feier muß eine der Stärke der deutschen organisierten Arbeiterschaft entsprechende sein, muß die Klassen-erkenntnis, welche dieselbe befeuert, zum Ausdruck bringen.

Mit Riesenschritten eilt die kapitalistische Produktion der Vollendung ihres Siegeszuges um die Erde entgegen, die geschichtliche Mission der Bourgeoisie damit erfüllend. Wegen der Auftheilung der letzten Absatzgebiete droht ständig der Ausbruch des Weltkriegs.

Außer von den Machtmitteln des Staates, erhofft die Bourgeoisie die Fortdauer ihrer Macht und ihrer Ausbeutungsfreiheit von der Zwietscherei der Arbeiter, deren Verbrüderung sie um jeden Preis zu verhindern sucht. Somit ist die Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft mittelbar auch eine stete Gefahr des Weltfriedens.

Weder aus Gerechtigkeit noch der besseren Einsicht nachgebend ist die Bourgeoisie gewillt, das geringste Zugeständnis an die Klassenforderungen der Arbeiter zu machen. Ein Grenz ist ihr die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Jedes Zugeständnis erscheint ihr als eine Untergrabung ihrer Machtstellung.

Am 4., 11. und 19. Februar d. J. verhandelte der Reichstag über den von unserer Fraktion gestellten Antrag auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages für alle im Lohn-, Arbeits- oder Dienstverhältnis in Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen.

Das Fazit der Verhandlungen war, unter Führung des Zentrums, die Annahme einer schwächlichen Resolution, abzielend auf Erhebungen, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird.

Trotz dieses negativen Resultats waren die Verhandlungen ein Triumph der Arbeiterschaft. Drei Tage opferte der Reichstag dem Achtstundentage, den man vor einem Jahrzehnt noch eine Utopie nannte und mit einer abwehrenden Handbewegung für immer verschönt zu haben glaubte. Die diesmaligen Verhandlungen sind in der Agitation für den Achtstundentag von unschätzbarem Vorteil. Auch dem Wildesten muß nunmehr klar werden, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Parteigenossen! Am 1. Mai, dem Arbeiter-Weltfeiertag, bietet sich Euch Gelegenheit, flammenden Protest zu erheben gegen die kapitalistische Ausbeutung, dieser Grundursache des Elends, der Knechtschaft und der Klassen- und Völkerverhetzung.

Die nachdrücklichste und wirkungsvollste Form des Protestes besteht in dem Ruhenlassen der Arbeit. Je umfassender und einmütiger die Arbeitsruhe durchgeführt werden kann, um so würdiger gelangt die Demonstration zum Ausdruck.

Jeder organisierte Arbeiter hat deshalb die Pflicht, da, wo die Möglichkeit vorhanden ist, das heißt, wo es ohne nachteilige Folgen geschehen kann, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen und demgemäß unter seinen Klassengenossen für die Ruheidemonstration zu werben. Da, wo es die lokalen Verhältnisse gestatten, fordern wir die Parteigenossen, denen die Möglichkeit geboten ist, Arbeitsruhe eintreten zu lassen, auf, am Morgen Versammlungen abzuhalten mit dem Thema:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Die weiteren, für den Abend vorgesehenen Arrangements bleiben dem Ermessen der Genossen vorbehalten.

Wie seither, so auch in diesem Jahr, erscheint im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Benthstr. 2, die

Matteff-Beitrag.

die wir den Parteigenossen angelegentlich zur Verbreitung empfehlen, um die Idee der Ruheidemonstration in alle Hütten der Armen und Elenden zu tragen und diese mit neuer Hoffnung und neuem Kampfesmut zu erfüllen.

Die Bestellungen wollen die Genossen rechtzeitig an die vorstehende Adresse abgeben.

Und nun, Genossen, frisch ans Werk! Zwar besonnen, kühl erwägend und abwägend, aber kampfesfroh im Vertrauen auf den Sieg der gerechten Sache.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Damburg-Eindmittels, den 21. März 1897, Eichenstr. 4, I.

Der geschäftsführende Ausschuss.

An den Grund gehohet,

um ein Lieblingswort unserer Wasser-Chauvinisten zu gebrauchen, ist die deutsche Zukunftslotte, die jahrelang in dem uferlosen Volkentuldsheim der christlich-germanischen Welt- und Nebelpolitik herumgeschwamm. Der Reichstag hat mit großer Mehrheit ein kategorisches Nein! gesagt. Und wir dürfen überzeugt sein, kein deutscher Reichstag wird Ja sagen zu diesen Plänen, die den nationalen Interessen ebenso schroff widerprechen wie dem nationalen Empfinden.

Das Votum des Deutschen Reichstags vom 20. März dieses Jahres ist von größter Tragweite; es bildet einen Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Verfassungs-wesens. Daß die deutsche Volksvertretung eine Regierungsvorlage zurückwies, ist schon öfters dagewesen — jetzt aber hat der Reichstag eine Regierungsvorlage zurückgewiesen, die aus der Initiative des deutschen Kaisers hervorgegangen ist, mit äußerster Energie von diesem befristet wurde.

Das ist ein Konflikt; und wenn wir die begleitenden Umstände nebst den dazu gehörenden persönlichen Momenten ins Auge fassen, können wir uns der Wahrheit nicht verschließen: es ist ein Konflikt um die Grundlagen unseres politischen Lebens.

Die Flottenpläne sind nicht Pläne des Reichskanzlers und der verantwortlichen Regierung, sondern des Kaisers, der, obgleich er die Abneigung des Reichstags kennt, unzweifelhaft entschlossen ist, diese Pläne in einer oder der anderen Form zu verwirklichen.

Wir lassen hier den Schwarm der umherschwirrenden Gerüchte, die jedoch der symptomatischen Bedeutung nicht entbehren, bei Seite und halten uns einfach an die Tatsache, die nicht zu sehen Blindheit, nicht sehen zu wollen Feigheit wäre.

Der Wille des Kaisers steht gegen den Willen des Reichstages. Ein endgültiges Zurückweichen des Kaisers ist bei dessen Charaktereigenschaften nicht zu erwarten. Ein Zurückweichen des Reichstages ist gleichfalls nicht zu erwarten.

Nicht daß wir den Mannesmut der einzelnen Abgeordneten sehr hoch anschlagen — wir kennen unsere Pappenhäuter —; allein hinter den Gewählten haben wir die Wähler, hinter der Volksvertretung das Volk. Und in den Wählern und im Volk ist der Marxismus verhaßt, und die Art und Weise, wie man ihn uns hat aufdrängen wollen und will, läßt den Haß nur noch wachsen.

Das hat sogar Herr Bennigsen zugeben müssen. Also hier wie dort keine Aussicht auf ein Einlenken. So muß der Konflikt denn wohl oder übel zum Austrag gebracht werden.

Die „Scharfmacher“, die sich der persönlichen Freundschaft des Kaisers rühmen, sind emsig an der Arbeit. Bis jetzt ist der „Kladderadatsch“ ausgeblieben; und vorläufig hat der König der „Scharfmacher“ mit seiner Scharfmacherei nichts weiter bewirkt, als die Niederlage der Regierung zu verschärfen. Doch darum sind die Pläne nicht aufgegeben.

Und da der Appell an das Volk für die Verteidiger des uferlosen Flottenplanes hoffnungslos ist, so regt sich in ihren Reihen naturgemäß das Gelüste nach einem Appell an die Gewalt.

So greifbare Gestalt haben diese Gelüste schon angenommen, daß Bennigsen im Reichstage vor Staatsstreich und Diktatur zu warnen für nötig hielt. An welche Adresse diese Warnung sich richtete, das kann für niemanden ein Geheimnis sein. Es ist eine schwüle Luft, wie vor dem Sturm.

Von einer „Stimmungskrise“ schreibt ein Mitarbeiter des in der Welle nationalliberal gefärbten „Leipziger Tageblatts“ in dessen gestriger Nummer. Es heißt da — der Brief ist aus Berlin datiert —:

Man verfährt nicht ganz richtig, wenn man einseitig von einer Marinekrise spricht. Diese ist vielmehr nur ein Teil, ja bis zu einem gewissen Grade ein Ausfluß einer allgemeinen Stimmungskrise. Noch vor vier Wochen schienen die Ansichten der Marineforderungen keineswegs ungünstig, in der letzten Zeit aber hat sich in weiten Kreisen des Volkes eine gewisse allgemeine Mißstimmung geltend gemacht, die von den ursprünglichen Gegnern der Marineforderungen für ihre speziellen Zwecke erfolgreich ausgenutzt wurde. Eine erste Veranlassung zu dieser Mißstimmung gaben gewisse Äußerungen, die bei einem Diner des preussischen Finanzministers gefallen sein sollten. Da indes diese Äußerungen nicht mit aller Bestimmtheit als richtig festgestellt werden konnten, so wäre die dadurch hervorgerufene Mißstimmung rasch verwischt worden, wenn nicht bald darauf jene Rede bei dem Festmahle des Brandenburgischen Provinzial-Landtags gehalten worden wäre, die gerade in den Kreisen, auf die eine Regierung sich stützen muß, lebhaftes Unbehagen erregte und natürlich von radikaler Seite nach Kräften ausgebaut wurde. Ein Beispiel für diese Ausbeutung fähet die „Straßburger Post“ an, indem sie erzählt, daß der demokratische Professor Quide durch die Anführung gewisser Worte aus dieser Rede in einer Volksversammlung stürmischen Beifall bei Leuten fand, die nur zum geringsten Teile demokratisch gesinnt waren.

Die Marineforderungen selbst betraf dann jene von dem Admiral Hollmann ursprünglich vorgelegte „Denkschrift“. War es schon sehr fraglich, ob es sich aus taktischen Gründen rechtfertigen lasse, durch die Denkschrift den Gegnern Gelegenheit zu geben, die Ueberraschten und Erschrockenen zu spielen, so war es zweifellos be-

denklich, daß das Schriftstück — angeblich auf Wunsch des Kaisers — der Kommission ohne vorherige Besprechung mit dem Reichskanzler und dem Reichs-Schatzsekretär vorgelegt wurde. Man konnte es dem Reichskanzler nicht verargen, daß er trotz seines warmen Eintretens für die Forderungen des Etats das von einem ihm unterstellten Staatssekretär so plötzlich produzierte Schriftstück lähl behandelte und daß er dieselbe lähle Behandlung jenen Befehlswürde über die Errichtung einer Gedenkhalle zu theil werden ließ, der sicherlich weder seiner Initiative noch der des Bundesrats zuschreiben war.

Indessen nicht nur der Reichskanzler wird durch diese Art, in die Geschäfte einzugreifen, berührt, sondern ebenso das Parla-ment. Man kann es nicht unrichtig finden, wenn der „Figaro“ in einem übrigens sehr sachlich gehaltenen Artikel, den er „Der Kaiser und der Reichstag“ überschreibt, u. a. sagt, die deutschen Abgeordneten seien durch derartige Vorfälle noch mehr über-rascht, als Europa, und die ausschlaggebenden Parteien müßten sich unangenehm berührt fühlen dadurch, daß man sich nicht die geringste Mühe gebe, mit der Meinung des Reichstages Fühlung zu nehmen. Es ist ferner leider nicht unrichtig, wenn das französische Blatt behauptet, daß dieser Gegensatz zwischen Krone und Parlament sich seit einiger Zeit recht oft wiederhole.

Derartige Vorkommnisse wirken nun natürlich nicht nur auf die Rathgeber der Krone und auf das Parlament, sondern auf das Volk selbst ein. Auf dieses macht auch noch ein anderes einen verstimmenen Eindruck, nämlich die Art, in der das große Nationalfest begangen werden soll. Gerade die in dieser Zeit sich unwillkürlich regende Erinnerung an die unerfreuliche Vorgeschichte des Nationaldenkmals hätte es geboten erscheinen lassen sollen, das wenigstens das Fest selbst, das der Enthüllung des Denkmals gilt, in eine recht volkthümliche Form gekleidet worden wäre. Statt dessen ist das Fest, wenn man so sagen darf, militärisirt worden. Die Enthüllungsfest der Denkmale selbst ist so gut wie ausschließlich militärischer Art, und man muß doch wohl sagen, daß dadurch das Andenken an einen Herrscher, der nicht nur Kriegsheld, sondern auch Friedensfürst war, nicht völlig erschöpft ist. Nun hätte wenigstens der für den 23. geplante Bürgerfestzug eine durchaus freie Form haben müssen. Auch er aber ist in militärische Formen gebracht worden. Auf ein gegebenes Zeichen soll nicht „Doch“, sondern „Hurrah“ ertönen werden, ein dem Manne in Bürgerrock fremder Ausdruck der Begeisterung; der Vorbemarsch soll mit „Augen links“ genommen werden, also auch in einer spezifisch militärischen Weise, wozu noch kommt, daß bei diesem „Augen links“ der Blick der Vorbemarschierenden von dem Denkmale abgewendet ist; der Vorbemarsch soll ferner binnen einer Stunde, einer bei der so großen Ausdehnung des Zuges sehr kurzen Zeit, vollendet sein. Alles das sind, einzeln genommen, Kleinigkeiten, aber sie ver-lärgern doch die Freude an dem Guldigungstage, der für patriotische Männer eine monatelange Arbeit bedeutet.

Die Zuschrist schließt: Wichtigeres, als die Marineforderungen, die doch nur ein einzelnes sind, steht auf dem Spiele; es gilt, einen stillen, aber sich mehr und mehr vertiefenden Gegensatz zwischen dem Träger der deutschen Kaiserkrone und einem namhaften Theile des Volkes zu beseitigen. Hier können nur zwei Faktoren helfen: die Rathgeber der Krone, indem sie den höchsten Herrn offen auf die Stimmung, wie sie ist, aufmerksam machen, und der Träger der Krone selbst, indem er die offene Ansprache nicht verübelt. Bis jetzt ist noch nicht ein einziger Beweis dafür geliefert, daß Kaiser Wilhelm II. offene Ansprache nicht liebt. Bei den großen Zusammenkünften, die er an sich selbst stellt, um das von ihm mit so glühender Liebe umfaßte Reich zu einer immer höheren Stufe der Macht und des Glüdes zu erheben, muß man vielmehr von ihm voraussehen, daß ihm nicht nur die Wahrheit, sondern auch ihre Verkünder stets willkommen seien. Er wird es also auch an geeigneten Mitteln zur Befestigung einer bodenkühnen Ver-stimmung nicht fehlen lassen, wenn seine Rathgeber ihm zeigen, wo der Grund dieser Verstimmung liegt und wie erfolgreich sie von den Augen Gegnern seiner Pläne und seiner Regierung genährt und angebetet wird.

So das nationalliberale Leipziger Blatt. Wenn reichstrenneste Mannesgeister so schreiben, dann muß es schon weit gekommen sein. Kein Zweifel, es stehen uns ernste Ereignisse bevor. Die Kämpfe, welche in England und Frankreich bereits im 17. und 18. Jahrhundert durchgekämpft wurden, können uns „langsam“ Deutschen nicht erspart werden. Und in Deutschland ist es nicht das Bürgerthum, das den Kampf zu führen hat und führen kann, wie weiland in England und Frankreich — in Deutschland ist es das Proletariat, ist es die Sozialdemokratie, welcher der Vorkampf zufällt. Die deutsche Sozialdemokratie kennt ihre Pflicht, und wird sie thun.

Politische Ueberfluth.

Berlin, 23. März 1897.

Von der Hundertjahrfeier ist, wenn diese Nummer unseres Blattes in die Hände der Leser gelangt, nichts übrig, als der Rahmenammer, der jedem Feste zu folgen pflegt, und die zahllosen Ballen bedruckten Papiers, auf welchem der Festjubiläum sich herumtummelte, und seine Gedanken und Gefühle ablagerte. Gedanken und Gefühle?

Nun, die „Gefühle“ der Festtage lassen sich allenfalls feststellen. „Gefühle“ der Bewunderung eines Fürsten; „Gefühle“ der Bewunderung für alles, was ein Fürst gethan hat; „Gefühle“ der Anbetung fürlicher Allmacht und Allgüte; „Gefühle“ der überchwenglichsten Vaterlandsliebe, soweit das „Vaterland“ mit dem angebeteten Fürsten eins ist — das sind die „Gefühle“. Neu sind sie nicht. Vor 1000 Jahren schon waren diese „Gefühle“ in einem großen Reiche zu solcher Treibhankkultur gebracht worden, daß sie zum ganzen Inhalt

des Reiches wurden, diesem Reich seinen Charakter gaben und unter dem Namen dieses Reiches die Unsterblichkeit des Ruhmes erlangt haben, als: Byzantinismus.

Wir haben sämtliche Berliner Zeitungen durchgesehen — mit alleiniger Ausnahme des „Vorwärts“ hat sich während der Festtage und schon vorher in ihren Spalten ein Byzantinismus geltend gemacht, der dem Original-Byzantinismus des Bas Empires — des niedrigen Kaiserreichs, wie es auf französisch heißt — an Qualität vollständig gleich ist.

Doch die Gedanken? Wir haben keinen gefunden, der nicht Gemeinplatz wäre oder „Gefühl“. Und die Gemeinplätze wie die Gefühle ausnahmslos byzantinisch.

Die außerberlinerische Presse ist nicht viel anders wie die berlinische; selbst den sogenannten demokratischen Blättern ist der Byzantinismus tief ins Mark eingedrungen.

Und wo kein Byzantinismus ist, wagt der Protest sich nur schüchtern und vorsichtig hervor, und nicht ohne Grund, — denn wir sind bis zu jener tiefsten Tiefe des Byzantinismus gesunken, wo der Nicht-Byzantinismus dem Byzantinertum Majestätsbeleidigung wird. —

Auch ein Beitrag zur Zentenarfeier. Zu den Begeisterten unter den Begeisterten bei der nun glücklich überstandenen Jubelfeier gehören die Nationalliberalen und ihre Presse.

Angesichts dieser Ueberschwenglichkeit, welche sich in trauriger Eintracht mit der schändlichsten Denunziationsucht gegen alle, welche dem Jubelkoller nicht verfallen sind, befindet, erscheint es nicht unangebracht, gerade diese Nationalliberalen an eine Zeit zu erinnern, in der sie über den heute so maßlos verehrten Kaiser und seinen damaligen Minister, den späteren Kanzler von Bismarck etwas anders dachten. Vor uns liegt die Nummer 174 der „Wochenschrift des Nationalvereins“ vom 27. August 1863, des offiziellen Organs desselben Nationalvereins, an dessen Spitze Herr v. Bennigsen als Präsident stand und aus dem die nationalliberale Partei herausgewachsen ist.

In dieser Nummer des offiziellen Partei-Organs befindet sich in einem Artikel, der sich mit der fünfzigjährigen Gedenkfeyer der Volkserhebung von 1813 befaßt, folgendes Urtheil über König Wilhelm und seinen Minister v. Bismarck:

„Das Jubeljahr der Erhebung des preussischen Volkes ist wahrlich nicht dazu angethan, in Preußen als Festzeit gefeiert zu werden. Während uns ein Blick auf die Geschichte des Jahres 1813 einen König zeigt, der von der Macht der das ganze Volk bewegenden Ideen selbst mit fortgerissen, sich wenigstens auf einige Zeit rückhaltlos seinem Volke hingab; am Ruder des Staates geistvolle und von aufopfernder Liebe zum Vaterlande erfüllte Staatsmänner, die großes geschaffen hatten und großes wollten, endlich ein Volk, das opfermüthig und freibüthig freundlich Gut und Blut einsetzte für König und Vaterland, bietet sich uns jetzt das entgegengesetzte Schauspiel. Der König ist seinem Volke — dank den Rathschlägen seiner Höflinge — völlig entfremdet, mehr, als vor ihm ein preussischer Fürst, ja, er hat, um seinen Eigenwillen gegen den gefehlich kund gegebenen Willen des Volkes durchzusetzen, sich nicht gescheut, gegen die klaren Bestimmungen der Verfassung mit seiner persönlichen Verantwortlichkeit für gewisse folgenschwere Staatsakte einzutreten und weist jetzt jede Bitte, jede Mahnung ungehört ab.

Am Ruder des Staates sitzen Männer, die den Namen „Staatsmann“ in Verzug bringen würden, wenn sie ihn für sich in Anspruch nehmen könnten, theilweise Maschinen, die sich ohne eigenen Willen so bewegen, wie ihnen das vorgeschrieben wird, theilweise politische Abenteuerer, die ohne ein Verständniß für das, was ihnen obliegt, von der Hand in den Mund leben, und deren Größe höchstens in ihrer Gewissenlosigkeit und ihrer Redheit beruht. Und diesen steht das Volk gegenüber, nicht zur Seite und nicht, die Hände in den Taschen, den Hock zugedehnt, theils mit stillem Hohn, theils mit bitterem Schmerz, zu, wie ein Staat ruiniert wird, der noch vor kurzer Zeit ein beneideter war; sieht dem Walle der zerstörenden Mächte zu mit demselben Gefühl, mit dem seine Väter den französischen Eroberer betrachteten, dessen gewaltige Faust riesenschwer auf ihrem Nacken lag. Faust doch die jetzt mächtige Partei wie eine Horde fremder Eroberer im preussischen Lande und führt, ohnmächtig, neues zu schaffen, Schlag auf Schlag gegen Gesez, Verfassung, öffentliche Moral, persönliche Freiheit und Privateigentum, und seht, die Freiheit im eigenen Lande vernichtend, nach außen hin sich Blöße auf Blöße gebend, alles auf das Spiel, wofür sich 1813 das Volk erhoben hatte, selbst die Existenz des preussischen Staates.“

Zur Erinnerung für die Teilnehmer an der hiesigen offiziellen Zentenarfeier wurde vom Kaiser eine Bronce-medaille, die an orangegelbem Bande zu tragen ist, gestiftet. Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt hierzu:

Die neue Denkmünze findet in militärischen Kreisen und insbesondere unter den Offizieren eine sehr getheilte Aufnahme. Man hörte vielfach die Aeußerung, daß durch Einführung eines Ehrenzeichens, dessen Verleihung nicht durch besonders persönliches Verdienst, sondern nur durch Theilnahme an bestimmten Festlichkeiten bedingt sei, der Werth der übrigen Ehrenzeichen, die zusammen mit der Denkmünze die Brust zieren, sicherlich nicht erhöht werden würde.

Heute meldet der „Reichs-Anzeiger“, daß der Kaiser den Veteranen der Feldzüge von 1864, 1866 und 1870/71 die Erinnerungsmedaille verliehen.

Die Kosten der Herstellung der Medaille will der Kaiser aus privaten Mitteln bestreiten.

Der Trinkspruch des Kaisers beim gestrigen Festmahle hatte folgenden Wortlaut:

Ein Geist tief empfunder und hoher Festesfreude zieht durch das deutsche Volk, und ihm entsprechend haben sich die Fürsten zusammengelassen, um das Andenken des großen verewigten Kaisers zu feiern.

Ich spreche meinen erlauchten Vettern, Oheimen und Verbündeten meinen tiefgefühltesten, innigsten Dank aus bewegtem Herzen aus; desgleichen allen Vertretern fremder Souveräne, die nicht haben zurückbleiben, sondern theilnehmen wollen an unserer Freier, von neuem und dadurch einen Beweis gebend, daß Europas Fürstenthümer ein gemeinsames großes Familienband umschlingt und daß Freude und Leid in dem einen Hause von allen anderen mit getheilt wird.

Es ist nicht meines Amtes, hier meines großen Vorfahren, meines Herrn Großvaters Verdienste zu feiern. Was wir eben erleben, und wie unser Volk sich benommen, ländet, wie lebendig alle seine Werte, wie lebendig die gesammte Persönlichkeit des Verewigten vor aller Augen steht.

Ich denke, sein Geist schreitet heute durch sein Volk hindurch und gewiß hat er heute bei seinen Fahnen einen Besuch gemacht. Wir gedenken seiner in seiner Demuth, schlichten Einfachheit und Pflichttreue; wir gedenken seiner als des

Sohnes der herrlichen lieblichen Königin, wir gedenken seiner als desjenigen, der gesagt hat, daß er mehr durch seine Demüthigungen, als wie durch alle seine Erfolge gelernt hat.

Für uns, Ihr hohen Fürsten und Verwandten, soll das Andenken an ihn ein erneuter Ansporn sein, für unsere Völker zu leben und zu arbeiten, wie er, zum gemeinsamen Ziel der fortschreitenden Kultur und zur Aufrechterhaltung des Friedens. Wir aber, indem wir uns von neuem zu innigen Bande fester Freundschaft und Waffenbrüderschaft verpflichten, wollen unsere Väter erheben, und mit dem Ruf auf das Wohl des deutschen Vaterlandes und des deutschen Volkes ihm und unseren Fürsten unseren Gruß entbieten: Das deutsche Volk, sein Vaterland und seine Fürsten hurrah! hurrah! hurrah! —

Die Durchführung der Blockade Kreta's wurde nun auch von den italienischen und russischen Amtsblättern publizirt. Mehr hat man von ihrer Wirkung noch nicht in Erfahrung gebracht. Auf Kreta dauert leider das Blutvergießen fort. Hierüber liegen folgende Meldungen vor:

Kanea, 23. März. (Frankf. Ztg.) Die Russländer mochten gestern wiederum den Versuch, das Fort Malaka zu erobern, um insbesondere die Verproviantung desselben zu verhindern. Die Beschießung seitens der türkischen Kriegsschiffe blieb erfolglos. Letztere suchten für den Vorfall die Unterthänigung der Mächte nach, welche ihnen auch zugesagt wurde.

Athen, 23. März. (Agence Havas.) Mittwoch und Donnerstag haben bei Retimo Gesechte stattgefunden, bei denen der Prior eines Klosters getödtet und zwei Anführer der Aufständischen sowie mehrere Russländer verwundet wurden. Sonnabend fand bei Geraklion ein Gesecht statt. Der griechische Konsul in Geraklion ist von den Geschwadern kommandanten aufgefordert worden, die Stadt zu verlassen und ist dieser Aufforderung nachgekommen.

Aus Athen wird ferner telegraphirt: Das Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung, nach welcher 10 neue Bataillone Infanterie, 2 Eskadronen Jäger-Bataillone, 14 Bataillone Artillerie, 1 Bataillon Pioniere und 6 Kompagnien Train errichtet werden.

Die Regierung hat die Eintragung aller Bürger von 32 Jahren und darüber in die Aushebungsrollen angeordnet, um eine Miliz zu bilden, welche mit dem Schutz der Städte betraut werden soll.

Eine amtliche recht diplomatisch abgefaßte türkische Kundgebung besagt:

Die durch die Truppensendung nach Kreta bekundete Haltung Griechenlands sei eine völlerrechtswidrige. Die Mächte, welche die Integrität der Türkei sicherten, hätten die gestern begonnene Blockade Kretas im Interesse der Türkei beschlossen, und dieser Beschluß sei eine Folge des Verhaltens des Sultans. Die Freundschaft und Fürsorge der Mächte gegenüber der Pforte verdiene den Dank der letzteren.

Im englischen Parlamente erklärte der Parlaments-Unterstaatssekretär des Innern, die Mächte hätten die Verantwortung für die Wahl eines Herrschers und die Form der Verfassung auf Kreta übernommen.

Aus London wird der „Köln. Ztg.“ folgende sehr beachtenswerthe Mittheilung gemacht:

Das Gerücht erhält und bestätigt sich, in dem am Sonnabend unter Vorsitz des Herzogs von Devonshire abgehaltenen Kabinettsrath sei ein Beschluß von entscheidender Bedeutung gefaßt, der Beitritt zu der Blockade griechischer Häfen abgelehnt, hiermit ein Rückschritt von der bisher behaupteten Stellung Lord Salisbury's gegenüber dem europäischen Konjekt gethan und das Konzert selbst erschüttert worden. Gut unterrichtete Beobachter glauben, die philhellenische Strömung habe neuerdings durch einen starken Ausbruch von Argwohn gegen England das Uebergewicht erhalten. Dieser Argwohn soll die Abneigung Englands sowohl gegen eine Blockade der griechischen Häfen, als auch gegen den angeblichen Vorschlag über die Zurückziehung der griechischen und türkischen Truppen von der Grenze veranlaßt haben. Der Vertreter des „Daily Chronicle“ in Athen meldet, der Sultan habe jüngst durch den Minister des Auswärtigen dem griechischen Gesandten seinen Wunsch zu einem gütlichen Austrage der freitischen Frage durch eine unmittelbare Verständigung mit dem König von Griechenland mittheilen lassen. Der König habe freundlichst in gleichem Sinne geantwortet und sich mit dem Vorschlage des Sultans einverstanden erklärt. Der Sultan habe nicht gewagt, sofort einen Schritt in dieser Richtung zu unternehmen, sondern habe Melidow ersucht, dem Jaren die Bitte um seine Vermittelung zwischen ihm und dem König von Griechenland zu übermitteln. Melidow habe darauf sofort telegraphirt, er werde nie einen so perfiden (!) Vorschlag unterstützen. Darauf folgte angeblich ein russisches Drängen an energische türkische Schritte. Derselbe Gewährsmann erklärt, Griechenland würde die freitische Autonomie unter der Suzeränität der Pforte und unter dem Prinzen Georg als Fürsten annehmen. —

Deutsches Reich.

— **Eigenartige Agitation für die verunglückte Marine-Vorlage.** Der Korrespondenz-Sekretär der kaiserlichen Schatzverwaltung, Geh. Regierungsrath Niehner hat, wie die „Frankfurter Zeitung“ mittheilt, an die Magistratsräthe der Städte unter dem 18. März cr. nachstehendes Schreiben gerichtet:

Seine Majestät der Kaiser und König haben, um eine Uebersicht über die Flottenverhältnisse, insbesondere über die Neubauten von Kriegsschiffen in verschiedenen Ländern zu gewinnen, mehrere Marine-Tabellen ausgearbeitet und dieselben nach den Allerhöchsteigenen Aufzeichnungen vervielfältigen lassen. In der Voraussehung, daß der Magistrat gleichwie die Bürgerschaft an der Entwicklung unserer deutschen Marine ein reges Interesse nimmt, beehre ich mich im Allerhöchsten Auftrage, dem Magistrat zwei Exemplare dieser Tabellen beifolgend ergeben zu übersenden.

Die Tabellen bilden eine verkleinerte Facsimile-Abbildung der kaiserlichen Originale, sie sind mit einem „Videant consules“ überschriebenen Begleitwort des Schriftstellers A. Ostar Klausmann versehen, das für die Vermehrung der deutschen Kriegsstärke eintritt, dem Reichstage vormittet, daß er die unumgänglich notwendige Vermehrung unserer Kreuzer und Schlagschiffe verweigere, und die Möglichkeit einer Katastrophe zur See sowie einer feindlichen Invasion von der Küste her ausmalt, wobei er an das Zentenarium der Schlacht von Jena erinnert.

Die „Berliner Zeitung“ bemerkt hierzu: In wessen Auftrage hat wohl der kaiserliche Kabinettssekretär diese höchst sonderbare Stimmungsmaße unternommen? Daß ganz unzweifelhaft hierin enthaltene Ansinne an die Magistratsräthe, hier zu gunsten der Marinepläne Stellung zu nehmen, kontrastirt eigenartig zu der sonst üblichen Disziplinirung von Kommunalbehörden und Selbstverwaltungsorganen, sobald diese als solche zu politischen Fragen Stellung nehmen; wir erinnern nur an das Vorgehen gegen den Berliner Stadtverordneten-Vorsteher, als das Umsturzgesetz auf der Tagesordnung stand. —

— **Ueber den Frhrn. v. Stumm** bricht nun auch die „Nat.-Lib. Corr.“ den Stab, indem sie über die Stumm'sche Rede vom Sonnabend im Reichstage nachfolgendes bemerkt: „Aus der Haltung des Hauses war sichtlich zu empfinden, daß Frhr. v. Stumm der allerangeeignetesten war, im letzten Augenblicke für die Flottenforderungen in die Breche zu springen. . . . Man erwartete, daß er durch einige bündige Erklärungen den schädlichen Gerüchten den Boden entziehen würde, die über seine Unterhaltung mit dem Kaiser von ihm ausgegangen waren. Und diese Erklärung kam nicht, und so verhalte die Rede schließlich in einem unwilligen Gemurmel. Wer als Privatmann das Ohr des Kaisers hat, soll auch ein getreuer Verwalter der Worte des Kaisers sein. Frhr. v. Stumm hat hierin

versagt, und es steht fest, daß gerade hierdurch die Gegner der Kreuzer den gefährlichsten Vorwand für die endgiltige Ablehnung fanden.“ — Die Gegner der Kreuzer fühlten sich nicht auf einen Vorwand. Aber die sonderbare Thätigkeit des Frhrn. v. Stumm war allerdings geeignet, in der Ueberzeugung zu befähigen, es siehe viel mehr auf dem Spiel als ein paar hundert Millionen. —

— **Der Zentral-Ausschuß der Freisinnigen Volkspartei** hielt am Sonnabend Nachmittag und am Sonntag Vormittag in Berlin im Reichstagsgebäude seine Jahresversammlung ab. Nach dem Organisationsstatut der Freisinnigen Volkspartei besteht dieser Zentral-Ausschuß aus den parlamentarischen Mitgliedern der Partei und aus den Vorstehenden und Hauptgeschäftsführern der Bezirksvereine. Nachdem Abg. Richter einen politischen Jahresbericht erstattet, wurde das Verhältnis zu anderen Parteien, insbesondere zur Freisinnigen Vereinigung, eingehend erörtert. Daran schloß sich der Geschäftsbericht durch den Abg. Fischbeck und die Kassenprüfung. Dem geschäftsführenden Ausschusse wurde einstimmig der Dank des Zentral-Ausschusses für seine Thätigkeit ausgesprochen. Die Mehrheit des Ausschusses entschied sich für die Abhaltung des Parteitages in Nürnberg, und zwar im Monat September. Alle näheren Bestimmungen über Zeit und Tagesordnung für den Parteitag wurden dem geschäftsführenden Ausschusse überlassen. —

— **Das Reichsgericht** verwarf die Revision des verantwortlichen Redakteurs der „Staatsbürger Zeitung“, Georg Berger, und des Gerichtsberichterstatters Oskar Joellmer, welche in dem Prozesse v. C. v. Lüchow vom Landgericht I Berlin am 7. Dezember v. J. verurtheilt wurden. —

— **Zwei schleswig-holsteinische Reichstags-Abgeordnete**, der Vertreter des Wahlkreises Dithmarschen, Thomsen (wilt), und der Vertreter des Wahlkreises Flensburg-Norderd., Jepsen (natl.) haben erklärt, bei der kommenden Reichstagswahl nicht kandidiren zu wollen. —

Sangerhausen, 21. März. Der Evangelische Ober-Kirchenrath hat die vom Kaiser ihm übergebene Petition um Aufhebung der Strafverfugung des Pastors Köhlsche abgelehnt. —

— **Aus dem Reiche des Herrn von Polen.** Die Naturheilvereine werden sich nicht schlecht wundern, daß sie zu Vereinen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, gestempelt worden sind. Bisher glaubten diese, daß Herz, Lunge, Niere und andere Organe des Körpers — worüber diese Vereine zumeist reden — sich der politischen Kognition entziehen können, doch nein, in Sachen ist alles „öffentlich“, auch ein Vortrag über „Leben und Sterben“. In Mylau sollte am 23. März eine Versammlung der Zwickauer Ortsgruppe der Naturheilvereine tagen, diese umfaßt 40 Vereine, welche sich auf das ganze Erzgebirge und Vogtland vertheilen. Auf der Tagesordnung standen interne Vereinsangelegenheiten, sowie ein Vortrag des Ortskrankenkassen-Kassiers Genossen Kleis-Mylau über „Leben und Sterben“. Die Versammlung ist jetzt verboten worden. Die Naturheilvereine (wie auch die fragliche Versammlung), so heißt es in dem Verbot, beschäftigen sich mit öffentlichen Angelegenheiten, gehören somit unter das Vereins- und Versammlungs-gesez und dürfen daher untereinander nicht in Verbindung treten. Die bisherigen Versammlungen der Gruppe haben in Greiz, Glauchau, Werdau u. s. w. unbeanstandet stattgefunden, jetzt auf einmal ist ihr öffentlicher Charakter entdeckt worden und aus ihm's. Beschwerde soll bis zur höchsten Instanz geführt werden.

— **Ein lichter Augenblick**, schreibt die „Schwab. Tagwacht“, ist dem „N. Alb.“ gekommen, der bekanntlich in den letzten Jahren von seinem demokratischen Renommee ganz beträchtlich eingebüßt hat. Er schreibt: „Ebingen, 19. März. Im Trubel der bevorstehenden Zentenarfeier für Kaiser Wilhelm I. will es scheinen, als ob man besser der Märzgefallenen nicht gedenken wollte. Der hiesige sozialdemokratische Arbeiterverein hat zwar gestern eine Märzfeier in bescheidenem Rahmen abgehalten, aber im allgemeinen sieht es aus, als ob unser Volk anfangs, das Jahr 1848 zu vergessen. Hätten beispielsweise nicht gerade unsere Bauern alle Veranlassung dazu, sich zu erinnern, daß ihnen das Jahr 1848 die Befreiung von Frohnden und Zehnten gebracht hat, sie, die damals noch „Unterthanen“ der Gutsherren waren, während sie jetzt freie Staatsbürger sind? Gewiß hätten sie es, aber es ist schon so lange her; fünfzig Jahre sind seitdem ins Land gegangen und wer wird da noch zurückerinnern wollen! . . . Und die Bürger, denken die daran, wie viel wackere Männer zu selbiger Zeit ihr Herzblut an die große Idee der Befreiung und Einigung Deutschlands hingaben? Fällt es unserer heutigen Studentenschaft ein, sich für diese große Zeit noch zu begeistern? Nun ja, einzelne Bürger und Studenten wohl, soweit sie demokratisch oder auch sozialdemokratisch angehaucht sind, gedenken dieser Zeit mit heiligem Danke, aber die Mehrzahl leider nicht. Und doch beruhen alle unsere politischen Einrichtungen auf den Grundlagen, die in jenem Jahre entstanden sind.“

— **Ben treffen diese Vorhalte:** die bürgerliche Demokratie, die in undankbarer Weise die Grundsätze ihrer Vorfahren aus dem Jahre 1848 in den Wind geschlagen hat. „Unsere heutigen Demokraten riechen etwas nach Pomade“, sagte der alte ehrliche Demokrat Ludwig Pfau. —

Oesterreich.

— **Die Wahlen** sind bis auf die Erledigung der morgen stattfindenden Befugung der acht zur Verfügung des niederösterreichischen Großgrundbesitzes stehenden acht Parlamentsitze erledigt.

Aus Wien wird telegraphirt: Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses der gestern vorgenommenen Stichwahl in der Leopoldstadt versuchte eine Menge von Angehörigen der christlich-sozialen Partei, unter Rundgebungen vor die Wohnung des gewählten Kandidaten Karel zu ziehen. Als die Polizei sie daran hinderte, schlug die Menge mit Steinen und Stöcken zahlreiche Auslagefenster und Fenster ein. Der Polizei gelang es schließlich, nachdem die betreffenden Straßen abgesperrt waren, die Ordnung wiederherzustellen. Es wurden 10 Verhaftungen vorgenommen. Auch im Laufe des Tages waren mehrere Personen wegen Wahlumtriebe verhaftet worden.

Der Wiener Korrespondent der „Köln. Ztg.“ schreibt über die Zusammenfassung des neuen Abgeordnetenhauses:

Da nur noch die Grundbesitzerwahlen und Stichwahlen ausstehen, läßt sich die Zusammenstellung des neuen Reichsraths berechnen. Er zählt 80 Deutschliberale, einschließlich des Großgrundbesitzes, 48 Deutschvölkische, 32 Christlich-Soziale, 35 Deutsch-Merikale, von letzteren 10 bischöfliche und 25 Angehörige der katholischen Volkspartei, 5 Schönerrianer. Das Czechenthum zählt, abgesehen von 3 czechischen Sozialdemokraten, 57 Jungczechen, 2 Radikale, 18 Feudale, die in nationalen Fragen mit den Jungczechen gehen, zusammen also 80 Czechen. Der Polenklub zählt 60 Mitglieder, die polenfreundlichen Ruthenen außerdem 8, die polnischen Radikale 6, die russischen Radikale 8 und die Sozialdemokraten 14, Italiener 13, darunter 5 Merikale, Rumänen 6, Südslawen 27, davon 17 Merikale. Zusammen 423 Abgeordnete. —

— **Ueber die parlamentarischen Aufgaben des neuen Abgeordnetenhauses** schreiben die jungczechischen „Narodni Listy“: Die Ausgleichsvorlagen werden beiden Parlamenten am 30. d. M. unterbreitet und unverzüglich in Beratung gezogen werden. Die neue Biersteuer wird eine progressive sein: für Brauereien mit einer Produktion bis zu 2000 Hektolitern ist sie am niedrigsten; sie steigt bei einer Produktion bis zu 5000 Hektolitern, erhöht sich bei einer Produktion bis zu 15 000 Hektolitern; erst bei einer Produktion über diese Ziffer wird die volle Steuer gezahlt werden. Aus dem Mehretragniß der indirekten Steuern wird der Beitrag von jährlich 10 Millionen Gulden zur Vertheilung an die

halten und überall dort, wo diese nicht bewilligt worden sind, die Arbeit einzustellen. Zuzug von Tapezieren ist deshalb unbedingt zu vermeiden.

In Plauen i. V. legten auf den Bauten des Baumeisters **Wetzluge** aus Leipzig sämtliche Maurer und Handarbeiter am Sonnabend die Arbeit wegen Lohndifferenzen nieder.

Aus Mainz wird uns geschrieben: Seit etwa acht Wochen befinden sich die hiesigen Ländler, Maler und Lackierer gehilfen in der Lohnbewegung, und wenn eine Branche Regelung und Aufbesserung ihrer Verhältnisse verlangen konnte, so waren es gerade diese. Der bestehende Lohndereinstimmung wurde aufgelöst und der Anschluss an den Zentralverband beschlossen und an die Unternehmer folgende Forderungen gestellt: Zehnstündige Arbeitszeit, Erhöhung des Stundenlohns um 10 Pf., Mehrbezahlung der Ueberstunden mit 10 Pf. der Sonntags- und Nachtarbeit um 20 Pf., Abschaffung der Akkordarbeit. Nach längeren Verhandlungen, auch von dem Vorsitzenden des Gewerbevereins, ist jetzt ein Vergleich zu Stande gekommen. Sämtliche Forderungen wurden bewilligt bis auf eine Lohn-erhöhung, wobei man sich auf eine Erhöhung von 3 Pfennigen pro Stunde einigte. In einer öffentlichen Ländler- und Malerversammlung am Sonntag wurde den Abmachungen der Lohnkommission mit den vereinigten Unternehmern zugestimmt.

Die Zimmerer befinden sich in Differenzen mit den Unternehmern. Die Forderungen sind ebenfalls zehnstündige Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden, der Sonntags- und Nachtarbeit und Abschaffung der Akkordarbeit, ferner Lohnerhöhung um 7 Pf. pro Stunde. Die Unternehmer sind bereit, 2 Pf. zu bezahlen. Die Verhandlungen darüber schweben noch.

In Vasing-München ist der Streik der Vergolder und Politure-Arbeiter bei der Firma **Gesdorf u. Brandenburg** beendet. Die Fabrikanten haben die geplante Lohnreduktion zurückgezogen, weiter erklärten sie sich zur Anerkennung der Organisation bereit.

Dem bayerischen Gantag des Verbandes deutscher Buchdrucker, der zu Osnabrück abgehalten wird, liegt folgender Antrag aus Vandschut vor: „In anbeacht, daß die Sechsmaschine in allernächster Zeit, wenn auch nur vorerst vereinzelt und zum Versuch in Bayern ihren Einzug halten dürfte, wolle der Gantag der Sechsmaschinen-Frage etwas näher treten. Auf jeden Fall müßte am Tage des Gantags ein Komitee gebildet werden, welches ähnlich wie unsere österreichischen Kollegen die geeigneten Schritte finden dürfte und sich zur Hauptaufgabe macht, daß die für die Maschinen benötigten Arbeitskräfte aus unseren Reihen genommen werden, ehe andere intelligente Elemente (Nichtbuchdrucker) sich dieses Arbeitsfeldes bemächtigen.“

In Karlsruhe kündigten, wie die „Frankf. Ztg.“ mitteilt, über 300 Holzarbeiter und Glaser, weil die Unternehmer die 9-stündige Arbeitszeit und die Forderung auf 35 Pf. Minimal-Stundenlohn nicht bewilligen wollen.

Die geplante Lohnbewegung der Schneider Mannheims hat bereits die Wirkung gehabt, daß die „Volkstimme“ mitteilt, ein großer Theil der Unternehmer selber die Löhne erhöht haben, während ein anderer Theil sich bereit erklärt hat, mit den Arbeitern gütlich zu unterhandeln.

Aus Straßburg i. E. wird uns von der Abwehrkommission der ausgesperrten Steinhauer mitgeteilt: Ausgesperrt sind noch 117 Mann, darunter 61 Verheirathete mit 140 Kindern unter 14 Jahren. Wegen Mangels an fertiger Arbeit hat bereits ein ziemlicher Theil der Maurer entlassen werden müssen. Zuzug ist noch fernzuhalten, auch ist Unterstützung dringend notwendig.

Eine Zentral-Herberge wird am 1. April in Straßburg im Gasthause zum Goldenen Fäßel, Gerbergadenplatz 9, eröffnet. Das Schlafgeld beträgt 40 Pf., soll aber bei genügendem Besuche der Herberge herabgesetzt werden.

Ausland.
Der schweizerische Typographenbund hatte im Jahre 1896 eine Gesamteinnahme von 79 225 Franken und eine Ausgabe von 54 804 Franken, somit Ueberfluß von 24 420 Franken; die Einzelausgaben sind: Biatium 5434, Arbeitslosen-Unterstützung 3594, Umzug und Reisegeld 550, Krankengeld 28 288, Invaliden-Unterstützung 12 335 und Sterbegeld 4750 Franken.

Aus Mankenburg in Ungarn berichtet die „Frankfurter Zeitung“: Etwa 900 Arbeiterinnen der hiesigen Tabakfabrik traten in Streik ein und zwangen auch die übrigen Arbeiter zur Einstellung ihrer Thätigkeit. Zahlreiche Abtheilungen der Fabrik wurden arg verwüstet. Der Polizei gelang es jedoch, die Ruhe wieder herzustellen. Die Arbeiterinnen verlangen Verabschaffung der Steuern. (In Ungarn ist die Tabakfabrikation wie in Oesterreich Monopol des Staates. Demgemäß sind dem Fiskus die Löhne der Tabakarbeiter genau bekannt, weshalb diese vernünftlich mehr Steuer leisten müssen, als die Arbeiter der Privatindustrie, deren Löhne von den Steuerbehörden nicht mit derselben Zuverlässigkeit ermittelt werden können.)

Soziales.

Kenzeichnend für den Stummischen Kurs in der Sozialpolitik ist, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einer Zuschrift wohlwollend Raum giebt, worin gegen den Stadtrath von Dresden Stellung genommen wird, weil er einem Schmuckfabrikanten und Blumenfabrikanten, der am Sonntag eine Deforation seiner Geschäftslokale vornehmen lassen wollte, die dazu erbetene Erlaubnis verweigerte. Der Dresdener Stadtrath hat aber lediglich seine Schuldigkeit gethan. Abgesehen von allem anderen, was hinderte denn den patriotischen Fabrikanten, sein Geschäftslokal am Sonnabend deflorieren zu lassen? Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aber nimmt sich des „Patrioten“, dessen Angefällte sich angeblich „freiwillig“ und ohne Entgelt (!) zu beanspruchen für die in Rede stehende Sonntagarbeit angeboten haben, mit dem interessanten Eingekleideten an, „weil aus anderen Orten berichtet wird, daß in ähnlichen, aus Anlaß der Jahrhundertfeier entstandenen Fällen die Polizeibehörden das weitestgehende Entgegenkommen walten ließen.“

„Weitestgehendes Entgegenkommen“ ist unserem Vermuthen nach in diesem Falle wohl meist identisch mit Verletzung des Gesetzes über die Sonntagruhe. Und damit ist das offizöse Blatt einverstanden? Wo bleibt denn da die Achtung vor dem Gesetz, die man den Arbeitern so gern predigt?

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ist offenbar der Meinung, daß die Unternehmer sich um die Gesehe nicht zu kümmern brauchen, wenn sie ihnen nicht passen, denn in der von ihr wohlwollend mitgetheilten Zuschrift aus Dresden wird klipp und klar erklärt, daß der patriotische Fabrikant seine Geschäftslokale trotz der verweigerten Erlaubnis dennoch am Sonntag hat deflorieren lassen.

Der ortshübliche Tageslohn ist für Mainz jetzt wie folgt festgesetzt: Für erwachsene Arbeiter auf 2,50 M. (seither 2,20 M.); für jugendliche Arbeiter auf 1,40 M. (seither 1,20 M.); für Arbeiterinnen auf 1,40 M. (seither 1,20 M.) und für jugendliche Arbeiterinnen auf 1.— M. (seither 90 Pf.).

Arbeitskammer in Zürich. Nach Genf ist Zürich die zweite schweizerische Stadt, welche eine Arbeitskammer erhalten wird. Am 18. d. M. konstituirte sich zu diesem Zweck aus 42 Gewerkschaften mit 5574 Mitgliedern eine besondere Organisation. Als Aufgaben bezeichnet das Statut: umfassende berufliche Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen, Organisation der Arbeitsvermittlung und der Reise-Unterstützung der Gewerkschaften, Errichtung eines Anknüpfungsbureaus und Betanstellung sozialer Erhebungen. Die Zeitung befragt ein 21gliedriger Verwaltungsrath und ein aus seiner Mitte gewählter Vorstand. Ständige Beamte mit fester Besoldung wählt die Generalversammlung auf Vorschlag des Verwaltungsrathes, welcher letzterer auch die ständige Aufsicht führt. Die Kosten der Arbeitskammer werden aufgebracht durch obligatorische, auf den Namen der Mitglieder lautende und nur persönlich verwendbare

Jahreskarten, deren Preis für 1897 auf 50 Cts. festgesetzt wurde; ferner, wenn nöthig, durch Beiträge der angehörigen Vereine. Der Besiß der Karte berechtigt zu unentgeltlicher Auskunftsvertheilung. Auskunfts-suchende, die keinem in der Arbeitskammer vertretenen Verein angehören, haben ebenfalls eine Karte zu lösen.

Die Genfer Arbeitskammer erhält unentgeltlich Lokalitäten und 3000 Fr. Jahressubvention von der Stadt.

Der Arbeitsmarkt in Frankreich ist dem „Parti Ouvrier“ zufolge in diesem Jahre weit ungünstiger als um dieselbe Zeit des vorigen Jahres. Namentlich ist die Arbeitslosigkeit in den Baugewerben sehr groß, wo gegen 40 pCt. der Arbeiter zu feiern gezwungen sind. Die Arbeiten zur Aufstellung seien nicht erheblich genug, um einen Ausgleich herbeizuführen. Zum Theil sei an der geringen Bauhätigkeit das in ganz Frankreich bis jetzt vorherrschend gewesene nasse Wetter schuld, zum Theil seien es auch Ursachen sozialpolitischer Art, die hier, wie überhaupt, auf die Industrie lähmend wirken. Der „Parti Ouvrier“ sühlet dann noch als Ursachen des „Niedererganges“ der französischen Industrie an, daß die Produktion von Eisenartikeln, die größtentheils noch in Kleinbetrieben vor sich gehe, durch die Massenartikel des Auslandes überflügelt würde.

Der Genier „Boornit“ veröffentlicht soeben seinen Bericht auf das Jahr 1896. Danach ist die Mitgliederzahl seit dem Jahre 1895 von 5940 auf 5720 gestiegen. Im Jahre 1895 wurden 4 479 767 Brode gebacken, im letzten Jahre 4 549 108. In der Fleischerei der Genossenschaft betrug die Einnahme 420 000 Franken, in der Abtheilung Konfektion 457 000 Franken, während in den 6 Magazinen, wo Kolonialwaren verkauft wurden, 130 000 Franken eingenommen wurden. Die Gesamteinnahme aller Abtheilungen einschließlich der der Schuhwaren, Kohlen, Arzneimittel betrug 1 236 171 Franken.

Von dieser Summe erhielten die Genossenschaftler 222 000 Fr. Dividende, 73 000 Fr. werden zu Verbesserungen und Vergrößerungen des Betriebes verwendet.

Ein verurtheilter Bergwerks-Direktor. Vor der Strafkammer zu Mons (Belgien) wurde vor einigen Tagen ein Prozeß zu Ende geführt, der mit der Verurtheilung des technischen Direktors der Schächte von Ciply, des Ingenieurs Gramme; zu vier Monaten Gefängnis und 400 Franks Geldstrafe endete. Außerdem hat Gramme die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Dem Bergingenieur wurde zur Last gelegt und die Verhandlungen bestätigten es, daß er entgegen den Bestimmungen des Berggesetzes an gefährlichen Orten Explosivstoffe hat anwenden lassen, wodurch schlagende Wetter hervorgerufen worden sind, die den Tod von sieben Bergleuten und die Verstümmelung einer Anzahl anderer herbeigeführt haben. Auch waren die gesetzlichen Vorschriften über die Größe, Anzahl und Beschaffenheit der Bohrlöcher nicht innegehalten worden.

Die Bergwerks-Gesellschaft von Mons ist zum Schadenersatz an die Hinterbliebenen der Verunglückten beziehentlich zur Unterstützung der überlebenden, erwerbsunfähig gewordenen Bergleute verurtheilt.

Die letzten Streiks in Rußland und das Wachsthum der dortigen Arbeiterbewegung haben die Regierung des Jaren in solche Sorge versetzt, daß sie sich bereit, die Arbeitszeit sogar dort zu verkürzen, wo eine Verkürzung noch nicht gefordert wurde. In den Petersburger Eisenbahn-Werkstätten erreichten die Arbeiter, daß am Sonnabend die Arbeitszeit um 2 Uhr nachmittags schließt. Das Ministerium der Verkehrswege telegraphirte nun sofort an alle Staats-Eisenbahn-Werkstätten, daß diese Maßregel auch dort eingehalten werden solle. Den Eisenbahn-Telegraphisten wurde die Arbeitszeit auf 12 Stunden — und wo es viel zu thun giebt, sogar auf 8 Stunden beschränkt; bisher arbeiteten die Telegraphisten mitunter 24 Stunden hintereinander. Ferner erhalten die Bahnwärter die achttündige Arbeitszeit.

Versammlungen.

Vierter Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Magdeburg, 19. März. Zehnte Sitzung. Den Vorsitz führt Bömberg. Eingangs der Sitzung gelangt die von der Fünfer-Kommission ausgearbeitete Resolution über die Anbringung der Streikfondsgelder zur Verlesung und Annahme. Die Resolution lautet: „In Erwägung, daß der 4. Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands es zur Zeit nicht für thunlich erachtet, die statutarisch auf dem 3. Verbandstag festgelegten Wochenbeiträge zu erhöhen; in fernerer Erwägung, daß zur Unterstützung und Förderung der Lohnbewegungen erhebliche Geldmittel notwendig sind, die nicht durch die regelmäßigen wöchentlichen Beiträge aufgebracht werden können, umföweniger, da bei fast allen Lohnkämpfen eine große Zahl unorganisierter Kollegen mit unterstützt werden muß; in endlicher Erwägung, daß auch die der Organisation noch nicht angehörenden Kollegen zur Anbringung der Gelder herangezogen werden müssen, beschließt der 4. Verbandstag: 1. Die freiwilligen Sammlungen für den Zentral-Streikfonds werden auch ferner vorgenommen. 2. Um diese Sammlungen zu fördern, und um auch jedem Kollegen Gelegenheit zu geben, sich über die von ihm geleisteten Beiträge auszuweisen zu können, wird der Vorstand beauftragt, Marken in vier verschiedenen Preislagen zu 10, 20, 30 und 50 Pf. anfertigen zu lassen. Auf gleichfalls zur Ausgabe gelangenden Karten werden die gezahlten Beiträge quittirt.“ Ferner gelangt eine von Pajlow gestellte Resolution zur Annahme, in welcher den größeren Städten die Gründung eines lokalen Unterstützungsfonds empfohlen wird. Damit ist der 6. Punkt der Tagesordnung erledigt.

Der Antrag, nach welchem der Vorstand beauftragt wird, mit den andern Berufsgruppen des Baugewerbes in Unterhandlung zu treten, zwecks Gründung eines Industrie-Verbandes, wird abgelehnt. Es folgt dann die Beratung der Anträge, die eine Aenderung des Statuts bezwecken. Die zu den §§ 1—4 gestellten Anträge werden, mit Ausnahme eines vom Vorstande gestellten, der die Beitragszahlung vom März bis inkl. November vorschreibt, anstatt wie bisher April bis inkl. Dezember, abgelehnt. Ueber § 4a entwickelt sich eine lebhafteste Debatte. Beschlossen wird: Mitglieder, die länger als einen Monat krank sind, sind vom Beitrag befreit. Bezüglich der Ehrenmitglieder wird die Bestimmung getroffen, daß dieselben nur dann vom Beitrage befreit sind, wenn die Zahlstelle auf Antrag des betreffenden Mitgliedes einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt hat. Von der Gesamteinnahme der Zahlstellen müssen 75 pCt. der Hauptklasse eingekandt werden.

Zur Reise-Unterstützung wird beschlossen, für die Monate Dezember bis inkl. März Reise-Unterstützung zu zahlen; die Auszahlung derselben wird aber durch verschiedene Klauseln beschränkt. Besonders wird hervorgehoben, daß nur solche Mitglieder Reise-Unterstützung erhalten, die mindestens 2 M. zum Streikfonds gesteuert haben.

11. Sitzung (Nachmittags). In der Beratung des Statuts wird fortgefahren. Eine scharfe Auseinandersetzung findet statt bei Festsetzung der Höhe der Streikunterstützung; es wird beschlossen, daß nur die Unterstützung gezahlt werden darf, die vom Vorstande festgesetzt worden ist. Scharfe Worte werden auch gewechselt bei Festsetzung der Unterstützungen der besoldeten Vorstandsmitglieder in Fällen von Krankheit oder Inhabitation. Beschlossen wird, das volle Gehalt ohne Einschränkung auf die Dauer von drei Monaten zu zahlen. Befinden sich Vorstandsmitglieder in Haft, so sollen sie ebenfalls das Gehalt weiter beziehen; auch sollen die Kosten der Selbstbefähigung, wenn diese bewilligt, bezahlt werden. Die Beamtengelder werden in der bisherigen Höhe belassen. Der Sitz des Verbandes verbleibt für die nächsten zwei Jahre in Hamburg; die Ausschussmitglieder werden durch die beiden Berliner Zahlstellen gewählt. Wo der nächste Verbandstag abgehalten werden soll, bestimmen Ausschuss und Vorstand, es wird jedoch gewünscht, daß den Kollegen Süddeutschlands Rechnung getragen wird. Das Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstages soll mit dem Vorstandsbericht in Broschüren-

form herausgegeben werden; die Höhe der Auflage wird auf ungefähr 15 000 normirt.

Hierauf macht Bömberg bekannt, daß es notwendig ist, den Vorstand um zwei Personen zu erweitern, ebenso auch den Ausschuss. Es wird demgemäß beschloffen. Das abgeänderte Statut tritt mit dem 1. Mai d. J. in Kraft. Hierauf werden die Wahlen zum Vorstande vorgenommen. Vorgeschlagen zum 1. Vorsitzenden wird nur Bömberg; derselbe wird auch mit 90 Stimmen gewählt, 2 Stimmen erhält Jacob Leipzig. Als 2. Vorsitzender, der für die Folge gleichfalls befolgt wird, sind vorgeschlagen: Beed-Hamburg, Efstinge-Bandshof, Paul-Dannover, Tönnies-Dannover, Frisch-Berlin, Silber-schmidt-Berlin, Meyer-Leipzig und Jacob-Leipzig. Die Annahme der Wahl lehnen alle Vorgeschlagenen ab, bis auf Efstinge und Tönnies; die beiden Berliner Delegirten motivirten ihre Ablehnung, sie hätten Rücksicht auf die Berliner Bewegung zu nehmen. Gewählt wurde Efstinge mit 43 Stimmen; Tönnies erhielt 41 Stimmen, einige Stimmen waren gesplittet. Als erster Kassierer wurde Köber, als zweiter Hermann Köber, als Schriftführer H. Beed und als Revisor Kug. Richter und G. Schwarz gewählt. Zu Revisoren ernannt der Verbandstag Marks-Altona, Preßler-Hamburg und Th. Hartwig-Hamburg.

Damit sind die Verhandlungen des Verbandstages zum Schluß gelangt. Bömberg giebt eine Uebersicht über die Verhandlungen. Große Arbeiten seien noch zu leisten, denn die wirtschaftliche Lage der Maurer Deutschlands lasse noch viel zu wünschen übrig. Der Verbandstag habe, wie noch keiner seiner Vorgänger, bewiesen, daß es ihm erst sei, eine Besserung herbeizuführen. Dem Unternehmertum müsse immer von neuem bewiesen werden, daß die Maurer nicht gewillt seien, noch länger die seit Jahren erduldeten Unbill zu tragen. Der neue Vorstand werde seine Schuldigkeit thun, und das hoffe er auch von den Delegirten. In der Hoffnung, daß auf dem nächsten Verbandstag konstatirt werden könne, der Zentralverband sei zu einer Achtung gebietenden Stärke angewachsen, ersucht er die Delegirten, ein Hoch auf den Verband auszubringen. In begeisterter Stimmung wird diesem Ersuchen durch die Delegirten Folge gegeben und darauf der Verbandstag geschlossen.

Die chirurgische Branche tagte am Dienstag den 16. März im Gröndel's Salon, Brunnenstraße 188. Genosse Waldek Manassé hielt einen sehr interessanten Vortrag über „Krieg dem Kriege“, welcher allgemeinen Beifall fand. Hierauf kam die Mah-regelung des Kollegen Käuscher bei der Firma Frommholz, Brunnenstraße, zur Sprache, woran sich verschiedene Kollegen theilnahmen. Dem Kollegen wurden 15 M. Unterstützung aus der Vereinskasse bewilligt. Kollege Heller machte noch auf die Vereinskasse aufmerksam, welche im Englischen Garten am Sonntag den 28. März stattfindet. Zum Schluß wurden dem Kollegen Heller 20 M. zur Agitation überwiesen.

In Friedrichsberg tagte am 21. d. M. eine Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle 11 des Deutschen Maurerverbandes. Kollege Göppeler referirte über „Die Gewerkschaftsbewegung und deren Bedeutung“. An der Diskussion theilnahmen sich die Kollegen Worm, Schinkel, Mews und Rabe in zustimmendem Sinne. Dem Kollegen Thomas mußte zweimal das Wort entzogen werden und wurde schließlich auch durch das Verhalten desselben die Versammlung aufgelöst.

Für Pankow und Nieder-Schönhauken wurde am Sonntag im Södr'schen Lokal zu Pankow eine gut besuchte Volksversammlung abgehalten. Genosse Stadthagen hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die politische Lage. Darauf fand eine Besprechung der Lokalfrage statt, wobei von verschiedenen Seiten auf die Schwierigkeiten hingewiesen wurde, die den Genossen am Orte seitens der Birthe gemacht werden, weshalb die Parteigenossen die dringende Pflicht hätten, nur solche Lokale zu besuchen, die als uns zur Verfügung stehende bekannt gegeben werden. Bezüglich der Maifeier beschloß die Versammlung, daß, wie im vorigen Jahre, auch diesmal am Vormittag des 1. Mai eine Versammlung und Abends eine Familienfeier stattfinden wird.

Steglich. Am 18. März fand hier eine öffentliche Volksversammlung mit dem Thema: „Die Bedeutung des 18. März für das Proletariat“ statt. Genossin Baader hatte das Referat übernommen. Die Ausführungen derselben wurden begeistert aufgenommen. Auf die am 1. April ins Leben tretende Parteipublikation werden die Genossen besonders aufmerksam gemacht. Listen liegen aus in Steglich bei Herrn Mohr, Alb. Ost, den Restaurateuren Schellhase und Nahrung; in Friedenau beim Restaurateur Weinert.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 23. März. (B. G.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Dresden: Die Wötker sämtlicher Dresdener Fabriken legten die Arbeit wegen Lohnforderungen nieder.

Frankfurt a. M., 23. März. (B. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Innsbruck: Der Tiroler Grobgrundbesiß wählte heute die Deutschliberalen Gradway und Terlago und die Italiener Campi und Panizza zu Kompromiß-Kandidaten. Die Merkanten und die Italiener blieben in der Minorität.

Weimar, 23. März. (B. L. B.) Die Großherzogin ist heute Abend 8 1/2 Uhr plötzlich am Hersglage gestorben.

Wilmshausen, 23. März. Am 20. März nachmittags wurden bei einem Ankermanöver des Schulschiffes „Moltke“ drei Schiffs-jungen schwer und sieben Schiffsjungen sowie zwei Matrosen leicht verletzt.

Wien, 23. März. (B. G.) Hiesige politische Kreise versichern, daß England nicht direkt die Theilnahme an der Blockade Griechenlands ablehnen werde, sondern sich lediglich von der Aussicht leiten lasse, daß es in Berücksichtigung der griechenfreundlichen Stimmung in England solange nicht der Blockade zustimmen dürfe, bis sie sich nicht darauf fassen könne, daß den griechischen Truppen in Thessalien volle Sicherheit gegen die türkische Uebermacht geboten ist.

Wien, 23. März. (B. G.) In Joanißsch in Kroatien ist eine Bauernrevolte gegen den Gemeindevorsteher ausgebrochen. Beim Zusammenstoß mit der Gendarmerie wurden zwei Bauern getödtet und 16 verwundet.

Wien, 23. März. (B. L. B.) Bei den heute stattgehabten 18 Reichsrathswahlen wurden gewählt: vom liberischen Grobgrundbesiß vier Deutsch-liberale, vom tiroler Grobgrundbesiß zwei Deutsch-liberale und zwei Italienisch-liberale, von der Wiener Handelskammer zwei Deutsch-fortschrittliche, bei den Stichwahlen in den Städten Böhmens ein Mitglied der deutschen Volkspartei, ein Jungesche und zwei Deutsch-fortschrittliche in der Stichwahl in Wregenz ein Deutsch-fortschrittliche in Trautau unterlag Hallwag gegen Wolf, einen Anhänger Schönerer's, mit 19 Stimmen; in Semberg sind zwei Stichwahlen erforderlich. Das Ergebnis einer Wahl der Höchstbestenerten in Dalmatien steht noch aus.

Brüssel, 23. März. (B. G.) Sechzig Arbeiter der belgischen Glasfabriken sind nach Rußland abgereist, einige mit Engagement bis zu 3 Jahren. Die Glasbläser erhalten ein Gehalt von monatlich 600 Fr.

Vajano (Prov. Avelino, Italien), 22. März. (B. L. B.) An-läßlich der Wahlen zum Parlamente entstand heute hier zwischen den gegnerischen Parteien ein Streit, bei dem eine Person getödtet wurde und mehrere Verletzungen erlitten.

London, 23. März. (B. L. B.) Die vereinigten Maschinenbauer beschloffen, mit allen ihrer Vereinigung angehörenden Mitgliedern am nächsten Sonnabend in den Ausstand zu treten, falls die Arbeitgeber ihren Beschluß, einige Leute zu entlassen, auszuführen sollten. In diesem Falle würden 12 000 Mann ausstehen.

Kanea, 23. März. (B. G.) Die französischen Truppen sind heute Vormittag um 7 Uhr an Land gestiegen. Während des Transportes vom Schiffe zum Land spielte das russische Admirals-schiff die Marschmusik. Um 10 Uhr vormittags hielt ein französisches Detachement seinen Einzug in Kanea, geführt von einem Hauptmann. Das zweite Detachement wird heute Abend einziehen.

Die Lage der Bureau-Angestellten.

Aus den Kreisen dieser Berufsangehörigen erhalten wir folgende Zuschrift:

Der „Vorwärts“ berichtete bereits mehrfach über die elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dem Schreiberberufe und insbesondere auch darüber, welche Aufnahme die Bestrebungen der Berliner Bureau-Angestellten nach Verbesserung ihrer Lage bei den Anwälten gefunden haben.

Nach der Ablehnung ihrer sehr bescheidenen Forderungen hat die Agitationskommission nochmals den Versuch unternommen, auf friedlichem Wege eine Verständigung zu suchen und zwar hat sie sich an die Anwaltskammer des Kammergerichts, d. i. die Instanz, welche Disziplinargewalt über die Rechtsanwälte im Bezirke des Kammergerichts ausübt, gewendet. Ob sich hieraus jedoch irgend ein Erfolg ergeben wird, bleibt abzuwarten, jedenfalls aber soll alsdann event. der breiten Öffentlichkeit durch ein Flugblatt von den tieftraurigen Zuständen in unserem Berufe Kenntnis gegeben werden.

Wie sehr die so oft gerügten Instände einer schleunigen Aenderung bedürfen, und wie einzelne Rechtsanwälte ihre Angestellten entlassen, dafür folgendes Beispiel:

Herr S., der meistbeschäftigte Anwalt beim Landgericht II erzielt aus seiner Praxis inkl. Notariat eine Jahreseinnahme von etwa 120 000 Mark. Nach vor einem Jahre zahlte er seinem Liquidator — d. i. ein Angestellter, der das Liquidieren der Gebühren zu besorgen hat, mithin ein besonders befähigter Arbeiter sein muß — 90 M.; engagierte sich dann an dessen Stelle einen jüngeren Mann, dem er zunächst 55 und jetzt 65 M. pro Monat giebt. Wohllich verhält es sich mit seinen Expedienten, denen er vor 1 1/2 Jahren 75 M. und mehr, dann aber 55 resp. 65 M. zahlte. Neberarbeit wird mit 25 Pf. pro Stunde vergütet. So engagierte dieser Anwalt vor kurzem einen verheiratheten Gehilfen gegen ein Gehalt von 65 M. Da, wie leicht erklärlich, der Gehilfe mit einem solchen Einkommen seine Bedürfnisse nicht bestreiten konnte, mußte er fast allnächtlich einen guten Theil seiner Ruhe opfern, um das Fehlende in seinem Haushalt auszugleichen. Sehr bald stellte sich bei ihm hochgradige Nervenschwäche ein und der Arzt verbot ihm die Arbeit während der Nacht. Als nun der Herr S. am 1. März darauf hinwies und um Gehaltszulage ersuchte, speiste ihn dieser mit den Worten ab: „Ihre Arbeitskraft ist mir nicht mehr werth, als die der Anderen!“ — und auf den Einwand, daß man es bei einer neuständigen Arbeit doch nicht nötig haben sollte mit seiner Familie zu hungern, erhielt er die Antwort: „Ich bin der Ansicht, daß 65 M. ausreichend sind, ich stelle Ihnen anheim, zu kündigen, wenn es Ihnen nicht paßt.“ Der Schreiber quittirte seinen Dienst und der Herr Rechtsanwalt engagierte einen anderen Kuli für 60 M. Der in Rede stehende Angestellte wurde nun aber schon drei Tage vor Ablauf der Kündigungsfrist infolge der großen Anstrengung arbeitsunfähig, sein Arbeitgeber stützte sich auf sein „gutes“ Recht und zog ihm für diese drei Tage auch noch 6 M. 50 Pf. vom Gehalt ab. Damit nun aber nicht genug, und weil ihm wahrrscheinlich eine so bodenlose „Freiheit“, daß ihn ein hungernder Schreiber an seine Pflicht gemahnt hätte, noch nicht vorgekommen war, stellte er ihm wörtlich folgendes Zeugnis aus: „Ich habe den Eindruck, daß Herr N. N. tüchtigsten leisten kann; Frömmigkeit und eine augenscheinlich nicht geringe Inanspruchnahme durch Vereinstätigkeit beeinflussen seine Leistungen. Herr N. N. verläßt mein Bureau, weil ihm das bei mir bezogene Gehalt zu gering „sei“ (?).“

Jeder weitere Kommentar hierzu hieße die Wirkung dieser Unternehmlichkeit nur abzuschwächen. So liegen die Verhältnisse in unserem Beruf fast allgemein.

Zur „Lokal-Anzeiger“ werden täglich Tausende von Schreiberlehrlingen gesucht, so daß der Bedarf schon nicht mehr gedeckt werden kann, und diese jungen Geschöpfe sind es, die man mit Vorliebe und nach Verzenslust ansendet, mit denen man die älteren Arbeiter verdrängt, Vordrängerei verübt, um sie selbst nach wenigen Jahren auf die Straße zu sehen.

Wie die „Soziale Praxis“ erfährt, werden auf Veranlassung des Reichskanzlers Erhebungen über die Lohnverhältnisse der Schreibergehilfen angestellt.

Wir können nur den Wunsch hegen, daß bei diesen Erhebungen auch die Angestellten Berücksichtigung erfahren.

Lokales.

Arbeiter, Parteigenossen!

Am ersten Sonntage des April wird die Freie Volksbühne mit ihren Vorstellungen bereits beginnen. Der Plan dieser die alten Traditionen wieder aufnehmenden Volksbühne ist Euch bekannt. Gegenüber dem kapitalistischen Theatergeschäft, dessen Spielplan und Eintrittspreise, wie es kapitalistischen Unternehmungen ziemt, nach dem erhabenen Zweck höchstmöglichen Baargewinnes geregelt werden, will das Berliner Proletariat in demokratischer Organisation der dramatischen Kunst wiederum eine Freistadt bereiten, wo sie unmittelbar zu dem arbeitenden, aufstrebenden Volke selbst zu sprechen vermag. Vorstand und Ausschuss haben getagt; in Erinnerung daran, daß in der alten Freien Volksbühne Shakespeares gewaltige Dichterkraft noch nicht zum Wort gekommen ist, wurde zur ersten Aufführung „Der Kaufmann von Venedig“ — eine Komödie nennt Shakespeare dieses farbenprächtige, packende Schauspiel — bestimmt. Vorläufig finden die Vorstellungen im Belle-Alliance-Theater statt, die Regie liegt in den Händen von Julius Tark; erste künstlerische Kräfte sollen zur Mitwirkung herangezogen werden. Der Vorstand hat beschloffen, vier Abtheilungen einzurichten, deren Mitgliederzahl sich wegen der Raumverhältnisse des Belle-Alliance-Theaters, zumal da Stehplätze überhaupt nicht zur Verlosung kommen, ziemlich knapp bemessen werden muß. Eine Sicherheit, in die erste oder zweite Abtheilung zu gelangen, ist nur bei rechtzeitiger Anmeldung bei einer Zahlstelle gegeben.

Im Auftrage des Vorstandes: Conrad Schmidt.

Der Wahlverein des 3. Kreises hält heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Rathspalast, Alexanderstr. 110, eine Versammlung ab; das Referat hat Stadtordegneter Dupont übernommen. Gäste sehr willkommen.

Zur Hygiene der Schüler in der elterlichen Wohnung bringt Herr Osw. Meyrich, Lehrer an der 3. Bezirksschule in Leipzig, in der „Zeitschr. f. Schulgesundheitspflege“ (1897, Märzheft) einen neuen Beitrag auf Grund von Ermittlungen, die die Herren Dr. N. Schulze, Dr. Spitzer und G. Weyer in Leipzig in je einer Klasse der dortigen ersten höheren Bürgerschule, der höheren Bürgerschule in Leipzig-Gohlis und der sechsten Bezirksschule (Volksschule) vorgenommen haben. Von den drei Schulen wird Nr. 1 vorwiegend von Kindern der Besitzwirten, Nr. II der Gutsherrn, Nr. III der Armen besucht. Die Ermittlungen betrafen die Schlafräume, wobei die von den Schülern selber gemachten Messungen als Material dienen. Es ergab sich, daß das Bedürfnis für die Nothwendigkeit guter Schlafräume zwar auch bei manchen Wohlhabenden fehlte, daß aber bei diesen die Schlaf-

gelegentlich der Kinder, wie zu erwarten, immer noch viel besser war als bei den Armen. Es schloffen aus den betreffenden Klassen der drei Schulen:

Table with 5 columns: Nr., Schläfer, Betten, etc. Data rows include Nr. I, II, III and their respective statistics for Schläfer, Betten, and Raum pro Kopf.

Ein Kommentar hierzu ist wohl überflüssig. Ob's in Berlin anders ansieht? Besser wohl kaum.

Wohnungsverhältnisse und Gesundheit sind in ihrer Abhängigkeit von der Wohlhabenheit unter anderem auch durch die Wohnungsaufnahme nachgewiesen, die 1894 in Lausanne, der Hauptstadt des schweizerischen Kantons Waadt, stattgefunden hat. Die Aufnahme erstreckte sich auf 84 252 Bewohner, deren Wohnungen nach ihrer Beschaffenheit in 5 Gruppen (I-V) eingeordnet wurden. Die durchschnittliche Jahresmiete in Franks betrug

Table with 5 columns: I, II, III, IV, V. Rows show statistics for Wohnraum, Kubikmeter, and Auf jeden Bewohner for the years 1894 and 1895.

Selbst wenn man in betracht zieht, daß die der ärmeren Bevölkerung der Kinderlegen größer ist, also die wenig widerstandsfähige jüngste Altersklasse stärker vertreten ist als bei den Wohlhabenden, so muß der Unterschied zwischen der Sterblichkeitsziffer der ersten und der letzten Gruppe immer noch erschreckend groß genannt werden. Die Sterblichkeitsziffer wächst hier ungefähr in demselben Maße, wie das aus den Bewohner kommende Quantum an Wohnraum und Luft abnimmt. Die schlechte Beschaffenheit der Wohnung ist dabei jedoch nicht die einzige, die Gesundheit herabmindernde und schädigende Ursache. Neben ihr wirken noch manche andere Ursachen (lange und schwere Arbeit, unzureichende Ernährung, Sorge u. s. w.), die zusammen mit der schlechten Beschaffenheit der Wohnung auf die ungünstige wirtschaftliche Lage als letzte und eigentliche Ursache zurückzuführen.

Städtischen Fortbildungsschulwesen. Im Jahre 1895/96 (in Klammern für 1894/95) wurden die 5 Fortbildungsanstalten für reifere Personen im Sommer von 738 (718), im Winter von 984 (928) Theilnehmern besucht, die im Sommer 975 (991), im Winter 1306 (1261) Unterrichtskurse belegt hatten. Die 12 Fortbildungsschulen für Jünglinge wurden im Sommer von 6673 (6950), im Winter von 7468 (7369) Theilnehmern besucht. Kurse waren von ihnen im Sommer 11 106 (12 015), im Winter 12 689 (12 589) belegt. Zur Prüfung des Umfangs der wirklichen Theilnehmung an Unterricht wird alljährlich im Sommer und im Winter je 1 Woche lang ermittelt, wie viele Theilnehmer erschienen sind. Anwesend waren in sämtlichen Kursen in der Sommerwoche 8245 (9114) statt 11 106 (12 015), also 74 (76) pCt., in der Winterwoche 10 092 (9805) statt 12 689 (12 589) also 80 (78) pCt. Die 13 (im Vorjahre 12) Fortbildungsschulen für Mädchen wurden im Sommer von 4809 (4866), im Winter von 5082 (4839) Theilnehmerinnen besucht, die im Sommer 13 641 (12 970), im Winter 16 167 (14 636) Kurse belegt hatten. Der Umfang der wirklichen Theilnehmung an Unterricht wird hier nicht geprüft. Die Erhebung von Schulgeld (nur Elementarfächer sind frei, außerdem können für die übrigen Fächer bis zu einem Zehntel der zahlenden Theilnehmer freigestellt werden) hat, nach der alljährlich wiederkehrenden Versicherung der Verwaltungsberichte, auf die Frequenz keinen nachtheiligen Einfluß ausgeübt. Zu der Frage, ob die Schwierigkeiten, die viele Arbeitgeber ihrem Personal hinsichtlich des Besuches von Fortbildungsschulen in den Weg legen, einen ungünstigen Einfluß auf die Frequenz ausgeübt haben können, pflegen die Berichte sich nicht zu äußern. Erfahrungen in dieser Beziehung sind in den städtischen Anstalten ohne Zweifel ebenso gesammelt worden, wie in den nichtstädtischen, — und wahrscheinlich ebenso ungünstige, wie in diesen.

Troddelhaft. Das Publikationsorgan des Königs Stumm, die arbeiterfeindliche „Post“, veröffentlicht folgende, vom 18. März datirte Zuschrift eines „alten Lesers“:

Eine Herausforderung. Zu welchen nichtswürdigen Provokationen sozialdemokratische Rädeleführer sich verlegen, zeigt wieder einmal recht deutlich ein Auszug „Unter den Linden“. Mit frecher Stirn posirten heute Vormittag zwei „Genossen“ in einer Droschke erster Klasse mit zwei Kränzen, deren rothe Schleifen leicht ihre Bestimmung erathen ließen, die im Entzweien begriffene Festschraube. Daß es sich hier nur um eine Demonstration gegen die Zentenarfeier handelte, liegt sehr nahe, sonst hätten die „Genossen“ ja leicht die von ihnen sonst so sehr gemiedenen patriotischen Plätze umgehen können. Recht bedauerlich war es, daß die Schuhmannschaft diesem Kergerniß erregenden Treiben nicht Einhalt gebieten konnte. Eine derartige Mißthatnahme gegen Elemente, die jede Gelegenheit benutzen, das Gedächtnis unseres unvergesslichen Kaisers Wilhelm I. zu schmähen, ist nicht mehr am Platze, sobald sie in so offenkundiger Weise ihre provokatorische Absicht erkennen lassen. Vielleicht tragen auch diese Thesen zu ersten Erwägungen über die unserm Volk von jener Seite drohende Gefahr bei. Ein alter Leser.

Der „alte Leser“ kann seinem Schöpfer danken, wenn ihm auf dem Rest seiner Tage nichts unangenehmeres passirt, als daß sozialdemokratische Steuerzahler gleich anderen Leuten das Straßenpflaster in Anspruch nehmen, das auch mit ihrem Gelde hergestellt worden ist. Ist ihm der Anblick rother Schleifen aber gar so widerwärtig und will er weiteren Fatalitäten sicher entgehen, so kann er ja zu seiner eigenen Verberugung lieber heute wie morgen den Berliner Stand von seinen Pantoffeln schütteln.

Zum Polizeikampf gegen die Anarchisten. Die Blätter berichten: Polizeilich verboten wurde die für Montag Abend von den Anarchisten einberufene Volksversammlung, in welcher das Thema „Der 18. und der 22. März“ behandelt werden sollte.

Der Festzug zur Zentenarfeier ist gestern unter dem durch die polizeiliche Absperrung bedingten Ausschluß der Öffentlichkeit programmmäßig verlaufen. Die freien Bürger haben den „allerhöchsten Befehl“, der ihnen zur genauesten Nachachtung rechtzeitig durch den Minister des Innern zugestellt wurde, pünktlich befolgt und sind in genau einer Stunde mit „Augen links“ am Kaiserzelt vorbei marschirt. Sie haben weiter in genauer Befolgung des kaiserlichen Befehls jede äußere Kundgebung unterlassen und genau nach Vorschrift nicht Hoch, sondern Hurrah geschrien. Nach dem pünktlichen Verlaufe der Dinge hat sich der Kaiser, wie die Blätter melden, durchaus anerkennend über den Festzug geäußert und die Herren vom Komitee beauftragt, sie möchten der Bürgerschaft mittheilen, daß er hochentzückt sei über das Gesehene. Der Zug habe auf ihn einen Eindruck gemacht, den er nie vergessen werde; auf eine derart wundervolle Kundgebung der Berliner Bürgerschaft sei er nicht vorbereitet gewesen.

Welche patriotischen Unternehmer zahlen den Arbeitern nicht den schuldigen Lohn für die ihnen aufgezwungenen Feiertage? Die Firma Held & Franke führt am Dombau die Zimmerarbeiten aus. Am Freitag Abend trat der Polier Richter an die fünfzig Zimmerer, die am Bau beschäftigt sind, mit der Volkshaft heran, daß die Geschäftsführung befohlen habe, am Montag und Dienstag die Arbeit auszuführen. Lohn gäbe es nicht für die Feiertage; wer nicht damit einverstanden sei, daß er aus eigener Tasche dem Patriotismus die Opfer bringe, möge es nur sagen, damit er dann gleich am Sonnabend entlassen werden könne.

Es giebt unwissende Leute im bürgerlichen Publikum, die annehmen, daß wenigstens solche Unternehmer, die an Staatsbanten ihren stolzen Verdienst einheimen, ein gewisses äußerliches Schlichtheitsgefühl zur 72stündigen Jubelzeit befinden würden. Wir empfehlen namentlich diesen Sanguinikern den vorstehenden Beitrag zur Charakteristik des preussisch-deutschen Patriotismus zur ganz besonderen Beachtung.

Den Hoflieferanten war es am vorgestrigen Illuminations- tage nicht genug damit, daß sie ihr eigenes Geschäft beleuchten durften. Sie agitirten auch zum Theil in ihrer Nachbarschaft für möglichst zahlreichen Verbrauch von Stearinkerzen. So sandten die Hoflieferanten Gebrüder A. u. D. Huff, welche im Hause Blücherstr. 14 wohnen, an sämtliche Bewohner des Vorderhauses ein Rundschreiben, in dem die „verehrtesten Hausgenossen“ gebeten wurden, zu Ehren unseres „unvergesslichen verehrten und geliebten hochseligen Kaisers Wilhelm I.“ sämtliche Frontfenster zu illuminiren. Sie sandten nicht überall freundlichste Entgegenkommen.

Infolge der Illumination hatte Montag Abend die Feuerweh viel Arbeit. Sie wurde einige dreißig Male alarmirt in der Zeit von 6 1/2—11 Uhr. In der Leipzigerstr. 42 brannte das Schaufenster der Firma W. Spindler. Nach der Vorkaststr. 18 wurde die Wehr zweimal gerufen. Um 8 Uhr brannten Gardinen und um 11 Uhr Fenstereinfassungen. In der Raunpstr., Staliger, Barnim-, Großbeeren- und anderen Straßen hatte man sich das Verhängen gemacht, die Anschlagssäulen anzuzünden. Gestern früh um 2 1/4 Uhr entstand ein größerer Brand in der Liebenwalderstr. 23. Hier brannte die Schmiede, wobei leider noch vor Ankunft der Feuerwehr ein Pferd im Quaal erstickte. In der Pichmannstr. 28 brannten um 4 1/4 Uhr Bodenverschläge mit Inhalt. Um 9 Uhr gestern früh wurde die Wehr mehrere Male nach der Havelbergerstr. 13 gerufen. Hier hatten sich Feuerwerkskörper entzündet. Das gefährliche Feuer konnte in verhältnismäßig kurzer Zeit gelöscht werden. — Das Angünden von Anschlagssäulen hat dem Jahnhagel bekanntlich auch bei der Sedan-Illumination 1895 außerordentlichen Spaß gemacht.

Nach einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten wird die Schloßfreiheit heute für den Fußgängerverkehr geöffnet sein, abends aber durch einen Baugang abgegeschlossen werden, so lange, bis die dort erbauten Tribünen abgebrochen sind. Der Fußgänger über den Lustgarten und den Schloßplatz wird heute, sofern es angänglich ist, freigegeben werden und mit der im Bedarfsfalle eintretenden Beschränkung, daß im Lustgarten Fuhrwerke nur von der Kaiser Wilhelm-Brücke nach der Schloßbrücke hin und auf dem Schloßplatz Fuhrwerke nur von der Schloßbrücke (bzw. nach der Weiten- und Brüderstraße hin) fahren dürfen.

Zwei Duellanten begnadigt. Das Publikum war bekanntlich allgemein erstaunt, als am vorgestrigen Tage die erwartete Amnestie ausblieb. Es scheint, daß ihr wie schon ähnlich bei früheren Gelegenheiten, die Form der Begnadigung vorgezogen worden ist. Ueber Personen, die u. a. des Glüdes, begnadigt zu werden, theilhaftig geworden sind, meldet eine Korrespondenz:

Der Zeremonienmeister a. D. Freiherr v. Roke, der bekanntlich den Zeremonienmeister Freiherrn v. Schrader im Duell erschoss und dieserhalb zu drei Jahren Festungshaft verurtheilt wurde, ist vom Kaiser begnadigt worden. Ferner wurde begnadigt der Gerichtsassessor Vorchart, der anlässlich des letzten Würfelmassenballes in Königsberg i. Pr. ein Pistolenduell mit dem Premierlieutenant Seidensticker gehabt und wegen dieses Zweikampfes mit tödtlichem Ausgang seinerzeit zu zwei Jahren Festung verurtheilt worden war.

Diese zwei Begnadigungen werden ihre Wirkungen auf das Empfinden des deutschen Volkes ganz gewiß nicht verfehlen.

Noch eine Begnadigung. Der Kaiser hat einem hiesigen Viehkommissionär, welcher vor Jahresfrist bei einer Schlägerei in einem Bierlokale am Alexanderplatz im angetrunkenen Zustande sich einer schweren Körperverletzung schuldig gemacht hatte und deshalb zu einer neunmonatigen Gefängnisstrafe verurtheilt war, die Freiheitsstrafe in eine Geldbuße von 500 M. umgewandelt. — Aus Dresden wird berichtet: Transport-Direktor Winkler und Bahnhofszinspektor Göhe, welche wegen des Unfalls vom 12. September bei der Abfahrt des Kaisers Wilhelm auf dem Ebnauer Bahnhof vom Landgericht Baunzen zu Gefängnisstrafen verurtheilt worden waren, wurden begnadigt; beide treten in den Ruhestand.

Zur Entwicklungsgeschichte deutscher Künstler. Reinhold Vegas, der Schöpfer des vorgestern enthüllten Wilhelmendenkmal an der Schloßfreiheit, ist für seine Kunstleistung mit dem Großkreuz des Hohenzollernordens belohnt worden. Nicht immer hat Vegas sich in patriotischen Thaten ausgelebt. Jedermann kennt seinen prächtigen Reptilienbrunnen, der erst durch die Anproche, die der Kaiser am 27. Oktober 1888 an die städtischen Behörden gehalten hat, zu so wunderlicher politischer Bedeutung gelangt ist. In seiner Sünden Mienenbläthe hat der Künstler auch dereinst eine Laffallebaste gemeißelt, die sich jetzt in Besitz eines bekannten parteigenössischen Schriftstellers befindet. Bei Erwähnung von Vegas wird man an den genialen Hans von Bülow erinnert, der 1863 das Herweghsche Arbeiter-Lied „Viel und Arbeit“ komponirte und auf seine alten Tage zum wüthenden Bismarck-Schwärmer wurde.

Dem Nordpolfahrer Bismarck-Ransen wird nun doch von den städtischen Behörden ein offizieller Empfang bereitet. Allerdings geschieht dies in — Paris, wo der lähne Pionier am Donnerstag Abend eintrifft. Die Berliner Stadtverwaltung hat ihm einen offiziellen Empfang versagt, und zwar aus Sparmaßregelnrücksichten, die sich allerdings nach der Ausgabe von 160 000 M. für die Wilhelm-Feier sich außerordentlich planföhl ausnehmen.

Einen stotten Handel mit Menschen hat, wie die „Leipziger Volkszeitung“ mittheilt, ein Herr Nebenstahl in Berlin, Große Hamburgerstr. 16, organisiert. Er versendet an die deutschen Ziegeleien eine gedruckte Postkarte folgenden Wortlauts:

Hierdurch mache ich Sie ergebenst darauf aufmerksam, daß ich zu jeder Zeit in Stande bin, Ihnen kräftige Ziegelei-Arbeiter sowie tüchtige Streicher, Abtragsjungen und Pferdeknichte zu mäßigen Löhnen und unter billigen Bedingungen zu senden. . . . Achtungsvoll Nebenstahl, Vermittlungsbureau für Ziegelei-Arbeiter und ländliche Dienstboten.

Im gelobten Lande der Sozialreform denkt kein Mensch daran, diesen Menschenhändler zu verbieten. Die auch „nothleidenden“ Ziegeleibesitzer können ja sonst um ihre billigen Ausbeutungsojekte.

Ein Heim für britische und amerikanische Gouvernanten in Berlin wurde im Jahre 1887 gegründet. Es war dies ein löbliches Beginnen, dem jeder Menschenfreund nur besten Erfolg wünschen kann. Das Loos der deutschen Gouvernanten in

London ist sprichwörtlich — die Zahlung erbärmlich, der Verdienst möglichst unsicher, so daß viele der Unglücklichen, die nach England gegangen sind, um ihr Glück zu machen, dem Elend und nur zu häufig dem Hungertode oder der Prostitution verfallen. Das Loos der englisch redenden Gouvernanten und Lehrerinnen in Berlin ist kein besseres. Und es ist jedenfalls von großem Nutzen, daß es ein Heim giebt, wo diese Mädchen und Frauen einen Sammelpunkt haben und Rath und Hilfe finden können; die Mittel sind leider sehr spärlich. Und deshalb soll heute — den 24. März — im englischen Gesandtschafts-Hotel, Wilhelmstraße 70, von morgens 10 bis abends 10 Uhr ein Bazar zum besten des British and American Governness Home stattfinden. Eintrittspreis 3 M. Für die Masse unserer Leser ist die Beteiligung selbstverständlich ausgeschlossen, allein in Betracht des guten Zweckes haben wir es doch für unsere Pflicht gehalten, auf den Bazar aufmerksam zu machen, für den die eine oder andere der Leserinnen sich interessiert. Das englisch-amerikanische Gouvernanten-Heim befindet sich Kleindammstr. 22, SW.

Ein plötzlich vom Irrensinne befallener Mann, der am vorgestrigen Tage die Nachbarschaft durch seine wirren Reden und Unruhe störte, wurde gestern in seiner Wohnung, Gneisenaustr. 59, erhängt aufgefunden. Es ist der 47 Jahre alte Ingenieur und Mühlenbauer August Claus. Daß er irrsinnig war, wird aus dem Umstande geschlossen, daß er vom Fenster seiner Wohnung aus den Kaiser und die Sozialdemokratie gleichzeitig hat hochleben lassen.

Selbstmordversuch aus Hunger. Ein hiesiges Blatt berichtet: Am den Tod in den Beilen zu suchen, sprang der seit längerer Zeit obdachlose Schreiber W. vom Luisen-Ufer in den Spreekanal. Ein vorübergehender Arbeiter bemerkte den mit den Beilen Ringenden, warf rasch seinen Hock ab und sprang, ohne sich lange zu bestimmen, ins Wasser. Er hatte aber nicht mit der Hartnäckigkeit des Selbstmordkandidaten gerechnet, der in der Ausführung seines Vorhabens nicht gestört sein wollte und sich gegen seinen Helfer ernstlich zur Wehr setzte. Es kam zu einem regelrechten Kampfe und beide drohten unterzugehen, als im letzten Augenblick Schiffer herbeieilten und die beiden in Sicherheit brachten.

Durch mehrere Messerstiche ist vorgestern in einer der ersten Morgenstunden ein unbekannter Mann vor dem Hause Taubensstraße 17 derart schwer verletzt worden, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Thäter, drei Zuhälter und eine Dirne, sprangen in eine Droschke und entkamen.

Bei einer Schlägerei, welche am Montag Abend in der Brauerei Pagenhofer, Landsberger Allee 27/28, zwischen zwei Arbeitern der Flaschenkellerei entstand, schlug der Angreifer R. seinen Gegner derart gefährlich mit einer Bierflasche über den Kopf, daß die Hirne in Unvollständigkeit in Anspruch genommen werden mußte. Der Thäter wurde entlassen.

Ein eigenartiger Todesfall, der wohl auch die medizinische Welt noch beschäftigen wird, hat sich in der vergangenen Nacht in der Ackerstraße zugetragen. Der 33 Jahre alte Schlosser Regmund Schlüter, der bei seinen Eltern in der Ackerstraße Nr. 59 wohnte, litt seit einem Jahre an einer Schlafsucht, die an den schlafenden Wägen und andere medizinische Wunder erinnert. Die Krankheit steigerte sich nach und nach zu einem so hohen Grade, daß der Mann beim Essen oder während einer Unterhaltung oder auch, wenn er Karten spielte, oft plötzlich einschlief und wiederholt auch dabei umfiel. Gestern Nachmittag hatte Schlüter bis 6 Uhr gearbeitet. Abends um 11 Uhr kam er noch zu Mühle und beschäftigte sich an der allgemeinen Unterhaltung. Getrunken hatte er wenig. Um 12 1/2 Uhr schlief er plötzlich wieder ein und sank vom Stuhle. Als man ihn, wie es sonst auch geschehen war, aufhoben und wieder auf den Stuhl setzen wollte, sah man, daß er todt war. Die Ursache des Todes konnte vorläufig nicht festgestellt werden.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Nizdorf! Parteigenossinnen und -Genossen! Am Donnerstag, den 28. März, abends 8 Uhr, findet in den „Victoria-Sälen“, Hermannstr. 48—50, eine Volksversammlung statt, in welcher der Statutenbericht zwecks Gründung eines Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins erstattet wird. Um zahlreichen und pünktlichen Erscheinen bittet Die Einberuferin.

Charlottenburg! Wir machen die Mitglieder des Wahlvereins auf den am Mittwoch stattfindenden Distriktsabend aufmerksam. Derselbe findet abends 8 Uhr in „Bismarckhöhe“ statt. Der Vorstand: A. Röttger, Leibnizstr. 3.

Achtung, Kummelsburg! Heute, Mittwoch, findet eine Volksversammlung statt, auf die nochmals aufmerksam gemacht wird. Näheres im Inserat. Der Vertrauensmann.

Aus Kummelsburg-Bochzen wird uns berichtet: Daß die Interessen der Proletarier auch in unserer Gemeinde hinten stehen müssen, bewies wiederum die letzte Gemeinderathssitzung. Auf der Tagesordnung stand die Errichtung einer höheren Schule. Unser Parteigenosse Pahl hatte einen Antrag gestellt, nach welchem nicht begabte Schülern, sondern begabte Schüler befördert werden sollten, er beantragte Errichtung einer höheren Klasse in der Gemeinderathsschule, bessere Befoldung der Lehrer, sowie unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel. Natürlich vergebens. Als Genosse Pahl nachher aber gar im Etat eine bessere Berücksichtigung der Nachzügler festgesetzt wissen wollte, da schlugen die Herren der Aufregung meterhoch zusammen. Der Amtsvorsteher sprach das vernichtende Wort, daß man bald eine Berliner Stadtverordneten-Versammlung vor sich habe! Die Wogen glätteten sich erst, als der Amtsvorsteher die Getreuen schließlich zur möglichst zahlreichen Beteiligung an der — Zentenarfeier aufgefordert hatte.

Gegen den Lehrer Agab in Nizdorf, welcher zum Kerger der dortigen Hausbesitzer eine streng wahrheitsgemäße Schilderung des Elends, unter welchem seine Gemeinderathsschüler leben, in einem Fachblatt veröffentlicht hatte, ist nunmehr richtig von Seiten der Behörde eingeschritten worden. Der Kommunal-Reform-Verein hatte sich bekanntlich bei der königlichen Regierung zu Potsdam, Abtheilung für Kirchen- und Schulangelegenheiten, beschwert. Ihm ist nunmehr folgende Nachricht zugegangen: „Wir haben wegen der Veröffentlichung des dortigen Lehrers Agab, welche wir bedauern, daß sie geeignet ist, die Lehrerkreise in Zukunft mit derartigen Veröffentlichungen vorsichtiger sein werde. Diese hohnvolle Äußerung wird selbstverständlich keinem hungernden Schulkinde eine Schrippe verschaffen, aber die Profitwuth der Hauspächter hat vorläufig gestiftet. Es ist bedauerlich, daß dieser symptomatische Fall nicht die Beachtung in der Presse gefunden hat, die er verdient.“

Witterungsübersicht vom 23. März 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. reductirt auf 0. Mercursp. b.	Windrichtung	Wolkenhöhe (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° = 32° F.)
Schwelmünde	755	ESD	8	Regen	2
Hamburg	755	SB	8	wolfig	8
Berlin	755	SW	8	Regen	8
Wiesbaden	760	SW	8	wolfig	10
München	763	SW	5	bedeckt	11
Wien	763	SW	5	Nebel	7
Napazanda	761	SW	5	halb bedeckt	-20
Petersburg	759	SW	2	wolkenlos	-11
Uster	760	S	3	Nebel	9
Koblenz	748	SW	9	wolfig	9
Paris	764	SW	1	Dunst	8

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 24. März 1897.
Ziemlich warm, zeitweise heiter, vielfach wollig, mit etwas Regen und frischen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Gerechts-Beilage.

Die Frage der Rechtsgiltigkeit der neuen Verordnung betreffend die äußere Festhaltung des Sonntags wurde am Sonnabend in zweiter Instanz vor der achten Strafkammer des Landgerichts I erörtert. Nach der vom Polizeipräsidenten von Berlin erlassenen Verordnung sollen bekanntlich die Schaufenster auch in der Zeit von 12 bis 2 Uhr mittags verhängt bleiben. Dies hat bei den Gewerbetreibenden eine große Erregung hervorgerufen. Der Zigarrenfabrikant Raphael hatte nach einer Vereinbarung mit anderen Interessenten derselben Branche eine Uebertretung gegen die erwähnte Verordnung herbeigeführt, um die Frage der Gültigkeit derselben in allen Instanzen zur Entscheidung zu bringen. Raphael erhielt demnach ein Strafmandat in Höhe von zwei Mark. Das Schöffengericht hatte den Einspruch verworfen. Vor der zweiten Instanz machte der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Platow, folgende Ausführungen: Die Rechtsgiltigkeit der neuen Sonntagsruhe-Verordnung sei ebenfalls seitens der städtischen Behörden angefochten worden. Nach dem Landesverwaltungs-Gesetz sei der Polizeipräsident überhaupt nicht befugt gewesen, ohne Zustimmung oder Anordnung der Berliner Gemeindebehörde die Verordnung, welche sich als eine Ortspolizei-Verordnung kennzeichnet, zu erlassen. Nur Ortspolizei-Verordnungen, welche im Interesse der öffentlichen Sicherheit ergingen, bedürften der Zustimmung der Gemeindebehörden nicht. Wenn in der Einleitung zu der Verordnung die Paragraphen des Landesverwaltungs-Gesetzes angezogen seien, wonach für Berlin in gewissen Beziehungen der Polizeipräsident an Stelle des Regierungspräsidenten trete, so sei dies für die Rechtsgiltigkeit der Sonntagsruhe-Verordnung nicht maßgebend, denn durch diese Bestimmung werde der Polizeipräsident nicht etwa zum Regierungspräsidenten von Berlin, sondern über nur in gewissen Beziehungen dessen Rechte aus, soweit nicht andere Gesetzesbestimmungen entgegenstünden. Dies sei aber hier der Fall. Auch sei Berlin nach der Gesetzesprache niemals ein Regierungsbezirk, sondern werde als Stadt und Stadtkreis bezeichnet, während auch ein Regierungspräsident zum Erlaß solcher Verordnungen ausdrücklich nur für mehrere Kreise oder für den Umfang eines ganzen Regierungsbezirks autorisirt werde. Im Gegensatz hierzu sei die Verordnung ausdrücklich für einen, nämlich den Stadtkreis Berlin, erlassen. Die Bestimmung, daß die Schaufenster auch während der gesetzlich zulässigen Verkaufszeit verhängt bleiben sollten, verstoße gegen die Gewerbe-Ordnung, also ein Reichsgesetz. Schließlich sei es doch ein Ueberschreitung, daß man Waaren, die man verkaufen dürfe, dem Blicken des Publikums nicht solle preisgeben dürfen. Aus allen diesen Gründen beantrage er Aufhebung des ersten Urtheils und Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof hielt manche Einwendungen des Verteidigers für zutreffend, hielt dieselben aber doch nicht für so ausschlaggebend, daß daraufhin eine Aufhebung des schöffengerichtlichen Erkenntnisses sich rechtfertigen lasse. Die Berufung wurde verworfen. Jetzt wird das Kammergericht diese Frage zu entscheiden haben.

Für die große Zahl von Kautionsbestellern ist der nachfolgende Strassfall sehr lehrreich: Ein hiesiger Restaurateur hatte einen gewissen Pagels nach Empfang einer Baarzahlung von 1500 M., die nach 14-tägiger Kündigung zurückgezahlt werden sollte, als Puffetier angestellt. Als P. im September v. J. nach vorausgegangener 14-tägiger Kündigung seine Stellung aufgab und keine Kautions zurückverlangte, stellte es sich heraus, daß der Restaurateur die 1500 M. für sich verbraucht hatte und außer Stande war, das Geld zurückzugeben. Er hatte sich daher vor dem Landgericht I wegen Unterschlagung zu verantworten. Pagels beschwor, daß bei seiner Anstellung der Angeklagte ihm ausdrücklich zugesagt habe, die Kautions für sich nicht verwenden zu wollen. Demgegenüber bot Rechtsanwalt Leopold Meyer einen umfangreichen Zeugen- und Sachverständigen-Beweis an, der zu dem Ergebnis führte, daß der Angeklagte von seiner mehrfach geäußerten Absicht, sein immer mehr zurück gehendes Restaurant aufzulösen, gerade von P., der ihm wiederholt größere Baarmittel vorschob und diese dann nach und nach von den Bieremnahmen kürzte, abgehandelt wurde, daß im übrigen aber auch örtlich die Restaurateure Kautionen in baarem Gelde in den Geschäften zu verwenden und nach Auflösung des Dienstverhältnisses nicht gerade die empfangenen Münzen, sondern nur einen gleich hohen Betrag zurückzahlen pflegen. Während der Staatsanwalt zwei Wochen Gefängnis in Antrag brachte, nahm der Gerichtshof mit dem Verteidiger an, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe. Da P. zur Erhaltung des Geschäfts wiederholt Baarmittel hergegeben, da ferner die Kautions in baarem Gelde bestand und gleich einem Darlehen vor der Rückzahlung erst aufgeführt werden sollte, konnte nach Ansicht des Gerichts der Angeklagte sich für berechtigt halten, das Geld für eigene Zwecke zu verwenden. Hieraus ergebe sich aber seine Freisprechung. — Vorstehender Fall lehrt, daß die Kautionsbesteller am sichersten gehen, wenn sie die Kautions in Werthpapieren ohne Coupons und Talon hinterlegen.

Die Vertrauenslosigkeit eines Gläubigers hat der Schlossermeister Otto Denecke sich in einer Weise zu nütze gemacht, die ihm eine Anklage wegen Urkundenfälschung zugezogen hat. Gestern stand Denecke vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Der Schneidermeister Liesegang hatte dem Angeklagten Kleidungsstücke zum Gesamtbetrage von 117 M. geliefert. Als er mit der Waare die quittirte Rechnung überlieferte, erklärte der Angeklagte, nur eine Abschlagszahlung von 20 M. leisten zu können. Liesegang war damit einverstanden und setzte an den unteren Rand der Rechnung die Worte: „20 M. auf Abschlag erhalten“, ohne aber den darüber stehenden Quittungsvermerk durchstreichen zu lassen. Als Liesegang später den Rest eingiebeln wollte, behauptete der Angeklagte, daß die ganze Rechnung bezahlt sei und hielt ihm das mit der Generalquittung versehene Papier entgegen. Liesegang behauptete, daß der am Fuße befindliche Quittungsvermerk abgeschrieben worden sei, im Zivilprozeß-Verfahren legte er einen diesbezüglichen Eid ab und erzielte auch ein obiges Erkenntnis. Dadurch kam das Verhalten des Angeklagten zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft. Er bestritt im Termine seine Schuld und gab an, daß er gegen das zivilgerichtliche Erkenntnis nur deswegen keine Berufung eingelegt habe, weil er weitere Umstände und Kosten vermeiden wollte. Während der Staatsanwalt den Angeklagten durch die Beweisaufnahme für überführt erachtete und gegen ihn eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten beantragte, erhob der Verteidiger, Rechtsanwalt Gassel rechtliche Bedenken darüber, ob die That des Angeklagten, wenn sie als geschehen erachtet werde, als eine Urkundenfälschung anzusehen sei. Der Gerichtshof hatte keinen Zweifel an der Schuld des Angeklagten, der zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurtheilt wurde.

Präjudiz der Schuhmann. Die Strafkammer in Wiesbaden verurtheilte der „Frankf. Bg.“ zufolge den Schuhmann Karl Roth, der zwei junge Männer auf der Straße mißhandelt und einen auch beleidigt hat, zu 200 Mark Geldstrafe oder 40 Tagen Gefängnis.

Auf Grund einer bemerkenswerthen Entscheidung des Kammergerichts war das Urtheil der Strafkammer, wonach die Wittve W. zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen wegen Unterschlagung verurtheilt worden war, wieder aufgehoben worden. Die Angeklagte hatte von einem Fabrikanten ein Piano auf Abzahlung entnommen mit der üblichen Bedingung, daß es erst nach erfolgter Begleichung des ganzen Kaufpreises in ihren Besitz übergeben sollte. Als etwas über 200 M. bezahlt waren, gerieth die An-

geklagte in Geldverlegenheit und verlehnte das Piano auf einige Monate für 300 Mark. Daraus erfolgte obige Anklage und Verurtheilung. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Oscar Gabriel, führte in seiner Revisionschrift aus, daß im vorliegenden Falle der Angeklagten hätte nachgewiesen werden müssen, daß sie nicht die Abgabe gehabt habe, das Piano wieder einzulösen und daß sie auch nicht dazu in der Lage gewesen sei. Wenn dieser Nachweis nicht erbracht sei, sei der gesetzliche Begriff der Unterschlagung nicht erfüllt, wie das Kammergericht wiederholt entschieden habe. Das Kammergericht gab dem Revisionsantrag statt, worauf gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I. die Sache nachzuprüfen hatte. Die erneute Beweisaufnahme fiel nicht zu Gunsten der Angeklagten aus, das Urtheil lautete wiederum auf 14 Tage Gefängnis.

Verfassungen.

Die Vertreter nahmen in ihrer letzten Versammlung den Kassenbericht entgegen; auf Antrag der Revisoren wurde der Kassirer entlassen. Die Beschlußfassung über die Resolution des Gewerkschafts-Ausschusses wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Der Antrag auf Anschluß an den Holzarbeiter-Verband wurde abgelehnt. Nachdem noch beschlossen war, die Versammlungen während der Sommermonate wieder des Sonntags abzuhalten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

In einer öffentlichen Versammlung der Handlungsgehilfen und Gehilfen, die am 22. cr. in den Armirenhallen tagte, beschäftigte man sich mit dem Antrag der Leipziger und Hamburger Gehilfen auf Einberufung eines Kongresses zu Osnabrück 1897. Kollege Simmel gab das einleitende Referat und sprach sich an der Hand reichhaltigen Materials gegen die Abhaltung des Kongresses aus und ersuchte um Annahme folgender Resolution: „Die am 22. März in den Armirenhallen in öffentlicher Versammlung tagenden Handlungsgehilfen Berlins erklären, daß nach wie vor eine Besserung der Lage der Handlungsgehilfen nur zu erwarten ist durch die Beeinflussung der Gesetzgebung im Anschluß an die Sozialdemokratie. Die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Handlungsgehilfen-Organisationen müssen daher an Hand der Berufsfragen Propaganda für die sozialdemokratische Partei treiben, sie sind demnach politische Vereine. Da solche laut Vereinsgesetz mit einander nicht in Verbindung treten dürfen, bleibt den Handlungsgehilfen vorläufig nur die Form der Lokalorganisation. Eine Diskussion der Frage der Zentralorganisation ist daher zur Zeit überflüssig. Was die Presse anlangt, so erklären die Versammelten, daß der „Handlungsgehilfen“ genau nach den für die Agitation festgelegten Prinzipien geleitet wird. Da in diesen Prinzipien zur Zeit eine Aenderung nicht eintreten kann, ist eine Diskussion über die Haltung der Zeitung in prinzipieller Hinsicht zwecklos. — Die Versammelten erklären sich aus diesen Gründen gegen den Antrag der Leipziger und Hamburger Kollegen, da der Kongreß nur Kosten machen, aber keinen Nutzen schaffen würde.“ — In der sehr lebhaften Diskussion sprachen sich ferner die Redner, Dinger, Lissauer, Walter, Kohn, Sienoty und Waag im Sinne der Resolution aus. Dieselbe wurde mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Kallberge-Nüdersdorf. Die Maurer und Zimmerer beschloßen am Sonntag in einer stark besuchten Versammlung am Montag bei den Arbeitgebern, welche einen Stundenlohn von 40 Pf. nicht zahlen, die Arbeit einzustellen. Von den in Frage kommenden acht Arbeitgebern haben vier den neuen Tarif schon unterschrieben. Junge ist vorläufig ferngehalten. Zuschriften sind zu richten an Wilhelm Christoph, Bergbrück bei Kallberge-Nüdersdorf.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch Abend von 8—10 Uhr: Sächsische, Waldemarstr. 14. Geschichte (Mit Geschichte, Arbeit, Entstehung der Religionen, Orientalische Völker, Griechen und Römer). Herr Dr. G. W. — Nordische, Brunnenstr. 20. Deutsch (Die deutsche Literatur des neunzehnten Jahrhunderts). Kallbergstr. Herr Friedrich Schulz.

Die Geschäftsstelle der Arbeiter-Bildungsschule. Brunnenstr. 20, Montags von 8—9 Uhr, Sonntags von 4—5 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet; die Geschäftsstelle der Schule N. Brunnenstr. 20, die den Vereinen vorstehend zur Vermittlung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 8—9 Uhr nachmittags geöffnet.

Les- und Diskussionsklubs. Mittwoch, Johann Jacobus, bei Frick, Schmeiderstr. 23. — Geduldeklubs, abends 8 1/2 Uhr, bei Gauerland, Waldemarstr. 27. — Gleichheit, abends 8 1/2 Uhr bei Stramm, Mittelstr. 129. — Genie, Nizdorf, abends 8 1/2 Uhr, Prinz-Gardenstr. 69, portiere. — Einigkeit, abends 8 1/2 Uhr bei Frick, Triftstr. 1. — Zosterer und Leseklub Morgenrot, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Zister, Hofstr. 67. — Sozialdemokratischer Kantonklub Osnabrück, abends 8 1/2 Uhr, bei Bauer, Frickstr. 22. — Freigeist Aktion, abends 8 1/2 Uhr, Kronenplatz 3 bei Wenzel. — Friedrich Engels Nordstr. 48. — Mittwoch, 9 Uhr bei Oebig, Oststr. 24.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Vorsitzender Adolf Neumann, Falkenstr. 3. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Korum, Wollschweizerstr. 49, 3. Tr. — Mittwoch, Lehnungs-klub abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — Siedersreißer 1, Andreaskstr. 26 bei Wille. — Norddeutsche Schleife, Reichstr. 15 bei Erdmann. — Freia. (Weniger Chor), Wollschweizerstr. 27 bei Sobel. — Arbeiterklub, Weinstr. 12 bei Späth. — Siedersreißer, 21 bei Sobel. — Spandau, in Spandau, Reimnisterstr. 4 bei H. Rabete. — Deutsche Ueherl, Große Frankfurterstr. 128 bei Gold. — Alliance, Kommandantenstr. 18, Knoblauch's Bierbuden. — Sangesklub 100, Stralauer Platz 10—11 bei Woppe. — Bruderbrüder, Straßburgerstr. 60 bei Däcker. — Schol, Vantow, Wollschweizerstr. 27. — Freie, Mariannen-Ufer 2 im Turf. — Einigkeit I (Kantabier), Wollschweizerstr. 11—12 bei Wölff. — Alliance, Wollschweizerstr. 14 bei Schmidt. — Freie 1, Wollschweizerstr. 66 bei W. Richter. — Kreuzberger Harmonie, Wollschweizerstr. 180 bei Wöhring. — Freie, Wollschweizerstr. 2 bei Ad. Neumann. — Waldeslust, Oppenheerstr. 34. — Freie Männerchor Nord-Weh, Wollschweizerstr. 10 bei Fähr. — Verein der Kupferstecher, Weinstr. 11 bei Schmidt. — Gleichheit I, Schönehauser Allee 125 bei Ransow. — Apollonia, Köckerstr. 11 bei Sobel. — Freie Stunde, Köckerstr. 11 bei Sobel. — Freie, Brunnenstr. 150 bei Schulz. — Sangesklub 100, Nizdorf, Hermann- und Karlstr. 100 bei Sobel. — Sangesklub 100, Nizdorf, Hermann- und Karlstr. 100 bei Sobel. — Sangesklub 100, Nizdorf, Hermann- und Karlstr. 100 bei Sobel. — Sangesklub 100, Nizdorf, Hermann- und Karlstr. 100 bei Sobel.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. (Zweiter Teil) — Freie, Wollschweizerstr. 11 bei Wölff. — Alliance, Wollschweizerstr. 14 bei Schmidt. — Freie 1, Wollschweizerstr. 66 bei W. Richter. — Kreuzberger Harmonie, Wollschweizerstr. 180 bei Wöhring. — Freie, Wollschweizerstr. 2 bei Ad. Neumann. — Waldeslust, Oppenheerstr. 34. — Freie Männerchor Nord-Weh, Wollschweizerstr. 10 bei Fähr. — Verein der Kupferstecher, Weinstr. 11 bei Schmidt. — Gleichheit I, Schönehauser Allee 125 bei Ransow. — Apollonia, Köckerstr. 11 bei Sobel. — Freie Stunde, Köckerstr. 11 bei Sobel. — Freie, Brunnenstr. 150 bei Schulz. — Sangesklub 100, Nizdorf, Hermann- und Karlstr. 100 bei Sobel. — Sangesklub 100, Nizdorf, Hermann- und Karlstr. 100 bei Sobel. — Sangesklub 100, Nizdorf, Hermann- und Karlstr. 100 bei Sobel.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. (Dritter Teil) — Freie, Wollschweizerstr. 11 bei Wölff. — Alliance, Wollschweizerstr. 14 bei Schmidt. — Freie 1, Wollschweizerstr. 66 bei W. Richter. — Kreuzberger Harmonie, Wollschweizerstr. 180 bei Wöhring. — Freie, Wollschweizerstr. 2 bei Ad. Neumann. — Waldeslust, Oppenheerstr. 34. — Freie Männerchor Nord-Weh, Wollschweizerstr. 10 bei Fähr. — Verein der Kupferstecher, Weinstr. 11 bei Schmidt. — Gleichheit I, Schönehauser Allee 125 bei Ransow. — Apollonia, Köckerstr. 11 bei Sobel. — Freie Stunde, Köckerstr. 11 bei Sobel. — Freie, Brunnenstr. 150 bei Schulz. — Sangesklub 100, Nizdorf, Hermann- und Karlstr. 100 bei Sobel. — Sangesklub 100, Nizdorf, Hermann- und Karlstr. 100 bei Sobel. — Sangesklub 100, Nizdorf, Hermann- und Karlstr. 100 bei Sobel.

Holzarbeiter!

Donnerstag, den 25. März 1897, abends 8 Uhr, bei Louis Keller, Koppenstraße 29:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Sozialpolitische Tagesfragen. Referent: Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt. 2. Bericht der Revisoren über die Abrechnung des Vertrauensmannes. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Stellungnahme zum 1. Mal.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer: Klingner.

Maler und Berufsgenossen!

Donnerstag, den 25. März, abends 8 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vertrauensmannes und der Revisoren. 2. Neuwahl derselben. 3. Bericht des Delegierten aus der Gewerkschafts-Kommission. 4. Vortrag des Genossen Wagner über „Unsere fernere Taktik mit Bezug auf den Hamburger Hafenarbeiter-Streit.“ 5. Diskussion.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann.
126/1 2. Jakobell, jetzt Friedrichsberg, Gärtelstr. 32, II.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Am Donnerstag, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Pfarr, Pankstraße 10. Ecke Stromstraße:
Bezirks-Versammlung für Moabit.
1. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Faber. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Wäfte willkommen. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter!

Mittwoch, den 24. März, abends 8 Uhr, in Ahrend's Brauerei, Thurmstraße 26:

Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die gegenwärtige Lage der Metallindustrie und die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Werkstätten der Firma Borsig. Zu dieser Versammlung werden die Kollegen der Firma Borsig ganz besonders eingeladen.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter, Otto Raether, N., Anklamerstr. 44.

Achtung! Rabitz-Putzer.

Donnerstag, den 25. März, abends 8 Uhr, im Englischen Garten (bei Hoffmann), Alexanderstr. 27c:
Oeffentl. Versammlung der Rabitz-Putzer.
Um zahlreiche Beteiligung der Kollegen ersucht Der Einberufer.
285/5

Achtung! Töpfer.

Donnerstag, den 25. März, abends 6 Uhr, bei Herrn Hensel, Invalidenstr. 1:
Oeffentl. Versammlung der Töpfer Berlins u. Umg.
Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission und unsere fernere Thätigkeit. 2. Gewerkschaftliches.
Um recht zahlreichen Besuch ersucht Die Kommission.
193/14

Achtung! Töpfer Charlottenburgs!

Donnerstag, den 25. März, abends 6 Uhr, in Bismarckshöhe, Bismarckdorfer- und Bismarckstrahlen-Gäß:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vertrauensmannes und des Gewerbegerichts-Beisitzers. 2. Gewerkschaftliches.
Um lebhafteste Beteiligung ersucht Der Vertrauensmann.
193/15

Wichtig! Jede Dame

spart Geld
beim Einkauf: „Jacket-Kostüme“ 10-25,00, hochelegante „Modell-Tragen“, Applikationen und Stickereien auf Capes, Woires, Crepons, Sammet, Plüsch, f. Stoff 3-25,00, Regenmäntel, gute Jackets 4-15,00. „Gelegenheitskauf“: Loben, Pellerinen, Reisemäntel „besonders preiswerth“ 5 Mark.
Landsbergerstr. 59, 1 Tr. (im Engros-Geschäft) kein Laden.

Belle-Alliance-Theater.

Sonntag, den 28. März, nachmittags 3 Uhr:
Letzte
Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.
Zum letzten Male:
Die Jungfrau von Orleans.

Die Inhaber von Eintrittskarten zu den Volksvorstellungen werden gebeten, die angekündigte Letzte Vorstellung zu besuchen, da die Karten sonst ihre Gültigkeit verlieren.
230/12

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 4. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Friedrich-Wilhelmstädt. Theater, Chausseest. 25. - Zur Aufführung kommt:
S'Augferngift.

Bauernkomödie mit Gesang in 5 Akten von V. Ansgenbrer. Neue Mitglieder können noch in den nächsten (siehe Säulenanschlag am Freitag) aufgenommen werden.
150/10
Sonntagabend, 27. März, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: 265/13

Grosser Familien-Abend

bestehend in
Konzert, Vorträgen und Tanz
arrangiert von Mitgliedern der
Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen.
Billets, Herren à 50 Pf., Damen à 25 Pf., sind zu haben: O. bei Peter, Holzmarktstr. 3 part.; NW. bei Sunath, Feldzeugmeisterstr. 4, Quergeb.; O. bei P. Jahn, Koppenstr. 93; Rixdorf bei Fr. Jäger, Hermannstr. 35 u. L.
Es ladet freundlichst ein Das Komitee.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren

Reelle Waare, empfiehlt Tischlermeister,
Franz Tutzauer, Berlin SW., Blücherstr. 14.

Sonntagabend: **Reifer-Verkauf!**
Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Brenner & Cie.,
Alte Jakobstrasse No. 57-59.

Möbel Weinbergsweg 15a Theilzahlung.

Keine Scheinwerkstätten!
Möbel Tischlerei
für
Wohnungs-Einrichtungen.
Direkter Verkauf an das Privatpublikum.
G. A. Noack, Tischler, Berlin, Ecke Drebbenerstr.
Guerge, O. bei P. Jahn, Koppenstr. 93, am Oranienplatz.
Garantie für gute und dauerhafte Arbeit.
Kataloge franko!

Hut-Engros-Geschäft
Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38, part.
Größte Leistungsfähigkeit der Hutbranche.
Herren-Hüte, weiche oder steif, von 1,75 an bis 3,50 Mk.
Kinder-, Knaben- und Konfirmantenhüte von 1 Mk. an.
Doppelgängerer Zylinder Ia 7,50 Mk.
Plüschhüte Ia 7, 7,50, 8,- Mk. 1282/2
Saison-Neuheit „weicher Herrenhut“ in allen Farben pr. St. 2,75 Mk.
Sonntags geöffnet von 8-10 und 12-2 Uhr.

Dr. Thompson's Seifenpulver
(Schutzmarke „Schwan“)
hat sich besser bewährt, wie jedes andere Waschmittel. — Dasselbe ist von jeder praktischen Hausfrau als das beste, billigste und bequemste Waschmittel längst anerkannt worden.
Man erspart bei seiner Anwendung viel Mühe, Zeit und Geld und schon die Gewebe dabei mehr, als bei jeder anderen Waschmethode.
Jeder Versuch überzeugt!
Zu haben in den meisten Seifen-, Drogen- und Kolonialwaaren-Handlungen.

LINOLEUM-RESTE
Linoleum-Teppiche, auch etwas fehlerhafte, Waschtuchreste, Gummi-Tischdecken sehr billig.
Grüner Weg 102, part.

Gratis
vers. Katalog m. 500 Abbildgen. von Taschenuhren, Ketten, Weckern, Regulatoren und Schmuckstücken jeder Art: Komontur Silber von 40 an Nickel „ 6- „ Weckerröhren Ia. Qual. „ 6- „ leicht „ 2- „ Regulatoren Nassbaumkasten „ 7- „
2 Jahre Garantie.
Nichtpassendes w. umgetauscht oder der Betrag zurückbezahlt.
Eug. Karecker,
Taschenuhrenfabrik u. Versandgeschäft
Lindau i. B. M. 193

Deutsch. Portier
Deffert u. Walfraßbier 1. Rang. Brauerei Burgallee, Potsdam. gegr. 1736, bef. f. Putzarme, Brautranke, Reichl., Böhm., Refonp. u. d. leicht bedamml., nahrh. kräftigste Bier. — In blutbild. besch. best. Getränk u. Gewichtszunahme. über. 14 Pfund. drei, 50 zehn Mk. erst. In Geb. (1/2, 1/4, 1/8) i. Selbst. abg. weinsel. blü. allein Verkaufst. f. Berlin u. Prov. Vorverkauferei
Ringier, Berlin, Brunnenstraße 152.
Nicht-Jahreszahl — Dual. entseid.

Einfegnungs-Anzüge kauft man am besten in der Garderoben-Fabrik v. Ferd. Krüger, Bismarckstr. 16.
Fertige Betten, großer Stand Oberbett, Unterbett, zwei Kopfkissen, mit gereinigten neuen Federn, von 12 Mk. an, fertige Julette, Bettmöbel, Matratzen jeder Art, Stepp-, Schlaf-, Weisboden u. Wolker-Bettstellen empf. Dünst als Hygiene versch. bekannte, isto gegr. Epst. -Berth. S. Pollack, Oranienstr. 81, a. Rixdorf.

Achtung! Künstliche Zähne von 3 Mk. an, Theilig, wöchentl. 1 Mk., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Kariesböden bei Befreiung umsonst.
Guckel, Sanftenerplatz 2, Eßlauerstr. 12, Steglitzerstr. 71 I.

Möbel-Verkauf
Schöne, 2. polsterte Gelegenheit für Brautleute. Verkaufte ganze Wohnungseinrichtungen v. 100 bis 600 Mk., hochfeine bis 2000 Mk. Spezialverkauf ich gebrauchte, durch Gelegenheit angekauft, herrschaftl. Möbel u. Vorherrwaaren zu ganz billigen Preisen, auch gebe ganze Wohnungseinrichtungen auf Abzahlung, Kleiderständer, Bettstellen mit Matratzen 18, Küchenständer, Kommode 10, Waschtiselle 18, Rauch u. Mahagonifourniture Kleiderständer, Büchertische 36, Musikstühle 36, Schlafsofa mit Auszug 80, echt Buchbaum-Trumeau 60, Salon-Möbilitäten 75 Mk. an, Panzertische mit Plüschbezug 85 Mk. an, Souffletische, Buffet, Salonstühle, Herrenstühle 60, Damenstühle 40, Kunstbespannte, englische Garderobe, leichte Zelleiten, Garderobestände, Kleiderkasten, Küchenmöbel, Stühle, Spiegel, alles ganz billig. Niemand sollte veräumen, mein altsittig bekannt groß Lager zu beschichtigen. Ohne Kaufmann. Gekauft Möbel werden 3 Monate kostenfrei ausbessert, durch eigene Werkstatt in die Wohnung gebracht u. aufgestellt.

Rester: Möbelstoffe, 3-5 Meter lang, 1 Mt. an, 130 cm br., Nr. v. 1 Mt. an.
Cretonnes, 80 cm breit, 0,30 Mt. an.
Möbelplüsch, 60-130 cm breit, 2 Mt. an.
1 Partie: Satteltaschen, einzelne, Stück von 1 Mt. an.
Gardinen, einzelne Fenster von 2 Mt. an.
Portièren, Stück von 1,50 Mt. an.

Teppiche (ältere Muster), Stück von 6 Mt. an, offerirt 1910/11
Wilhelm Bursch
Alte Jacobstrasse 93
(an der Zandelsstraße).

Warenhaus A. Wertheim
Mittwoch den 24.
Donnerstag, den 25.
Freitag, den 26. März.
W. Leipzigerstr. 111
C. Rosenhallerstr. 26/29
S. Oranienstr. 53/54

Portièren, Stück 1,75, 2,40, 3,25, 5,40 Mk.
Gardinen Fenster 2 Flügel 3,20, 4,25, 5,75, 6,75 Mk.
" " Meter 38, 48, 55, 63 Pf.
Tischdecken, Stück 3,30, 4,75, 5,40 Mk.
Möbelkörper, bedruckt, Meter 40 Pf.
Möbelkrepp, bedruckt, Meter 65 Pf.
Tülldecken m. Schnur Grösse ca. 35,35 70,70 cm. bekarbelt 40 65 Pf.

Steppdecken, farb. 4,30, 5,50, 8 Mk.
Schlafdecken, Wollsattn 1,65, 2,20 Mk.
" " Halbwohle, 3,60, 5,25 Mk.
Plättdecken, Grösse ca. 100/150 cm. 1 u. 1,35 Mk.
Gardinenhalter, farbig, Stück 13, 30, 40 Pf.
Portièren-Kettenhalter, Stück 20, 35 Pf.
Filetdecken Grösse ca. 30,30 50,50 cm. 25 80 Pf.

Axminster-Teppiche 9, 15, 22,50 Mk.
Velour-Teppiche 11,50 13,50 23,50 36 Mk.
Garderobenriegel 4 5 Haken 40, 55 Pf.
Handtuchhalter 1,60 Mk.
Schirmständer 2,40 Mk.
Paneele Länge ca. 80 100 125 cm. 2,10, 2,90, 4 Mk.